

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

78 (10.3.1908) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 43. öffentliche
Sitzung

Beilage zur Karlsruher Zeitung Nr. 78.

Dienstag, 10. März 1908.

Badischer Landtag.

==== Zweite Kammer. ====

43. öffentliche Sitzung

am Samstag, den 7. März 1908.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann
Beratung des Berichts der Budgetkommission über das
Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre
1908 und 1909, Ausgabe Titel XVI und Einnahme Titel VII
(Landwirtschaft) — Drucksache Nr. 12c — Berichterstatter:
Abg. Schüler.

und damit in Verbindung:
Beratung des Berichts der Petitionskommission über die
Anträge der Abgg. Neuwirth und Genossen

a. die Beschleunigung der Feststellung der Vergütung für
die durch Truppenübungen entstandenen Murschäden
betr. (Drucksache Nr. 85),
b. die Aenderung des Serbistatufs, Beilage 1 zum Reichs-
gesetz vom 6. Juli 1904, durch Erhöhung der Quartier-
vergütung für Dienstpferde (Drucksache Nr. 36) — Druck-
sache Nr. 35 (36) a — Berichterstatter: Abg. Neu-
wirth (Fortsetzung).

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums
des Innern Wirkl. Geh. Rat Freiherr von und zu
Bodman, Geh. Oberregierungsrat Nebe, Geh. Ober-
regierungsrat Jung, der Referent für Pferdezüchtange-
legenheiten Graf von Bismarck, die Oberregierungs-
räte Märklin und Hafner.

Präsident Fehrenbach eröffnet um 9 Uhr 15 Minuten
die Sitzung.

Es werden folgende Einläufe angezeigt:

I. Petitionen

1. des Gemeinderates Vorberg um Abänderung einiger
Bestimmungen des Elementarunterrichtsgesetzes;
2. der Gemeinderäte Mundelfingen und Steig um
Aufhebung des Ausnahmetarifes für die Zahnradstrecke
auf der Hölentalbahn;
3. des Vereines badischer Bahn- und Güterverwalter,
Stations- und Telegraphenkontrolleure zur neuen Gehalts-
ordnung.

Ziffer 1 wird der Petitionskommission, Ziffer 2 der
Budgetkommission, Ziffer 3 der Kommission für die Be-
amtenverordnungen überwiesen.

II. 3 Schreiben des Präsidiums der Ersten Kammer
des Inhalts, daß diese von dem Budget des Ministeriums
der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1908/09

- Ausgabe Titel VIII und Einnahme Titel II (Straf-
anstalten),
- Ausgabe Titel IX (Kultus),
- Ausgabe Titel X, Biff. 1 (Höhere Unterrichts-
anstalten)

ebenfalls beraten und in Uebereinstimmung mit den Be-
schlüssen der Zweiten Kammer genehmigt habe.

Zur Tagesordnung (Fortsetzung der allgemeinen
Beratung des Landwirtschaftsbudgets und der Beratung
der Anträge der Abgg. Neuwirth und Genossen) erhalten
das Wort

Präsident des Ministeriums des Innern Wirkl. Geh.
Rat Freiherr von und zu Bodman: Nachdem ich
gestern Abend von der Rednerliste Kenntnis erhalten
habe, habe ich mir gesagt, daß es sich empfiehlt, das
Wort doch früher zu ergreifen, als ich es ursprünglich
beabsichtigt hatte. Und so ist es mir nun zunächst eine
angenehme Pflicht, meinen Dank auszusprechen sowohl
gegenüber dem Herrn Berichterstatter, der uns in Druck
und Wort in gedrängter Kürze sachkundig und wohl-
wollend ein Bild der Tätigkeit der Regierung auf dem
Gebiete der Landwirtschaftspflege vorgeführt hat, dem
möchte ich auch allen bisherigen Rednern dafür aus-
sprechen, daß sie der Großh. Regierung Anerkennung
für ihre Tätigkeit auf diesem Gebiete ausgesprochen,
daß sie ihrerseits anerkannt haben, daß die Regierung
hier ihre Pflicht tut. Besonders erfreulich hat es mich
auch berührt, daß von verschiedenen Seiten mit so
warmen Worten des bisherigen Vorstandes unserer An-
stalt in Augustenberg, des Herrn Dr. Behrens,
gedacht worden ist. Auch die Regierung hat es schmerz-
lich bedauert, daß dieser hervorragende Sachverständige
und pflichttreue, gewissenhafte Beamte den Dienst des
badischen Staates verlassen hat. Wenn etwas tröstlich
daran ist, so ist es das, daß er an die Spitze der bio-
logischen Anstalt in Dahlem, also einer Anstalt berufen
worden ist, welche die Interessen der Landwirtschaft für
das ganze Deutsche Reich wahrzunehmen hat, und daß
er also auch dort unserer Heimat dienen wird, wie ich
nicht zweifle, auch dort in hervorragendem Maße.

Ebenso war es mir sehr erfreulich, daß Worte der Anerkennung gesprochen wurden sowohl für unser tierhygienisches Institut in Freiburg als für seinen Leiter, den Herrn Professor Dr. Schlegel. Wir besitzen in diesem eine ausgezeichnete Kraft, und es ist hocherfreulich, daß es uns gelungen ist, ihn auf dieser Stelle zu halten; wir hoffen, daß uns das auch fernerhin gelingen wird. Das tierhygienische Institut selbst ist nach Anordnung der Räumlichkeiten, nach der Einrichtung, nach der Methode der dort stattfindenden Untersuchungen ein mustergiltiges Institut, und ich lade die Herren, die es noch nicht gesehen haben, ein, doch ja nicht zu versäumen, wenn ihr Weg nach Freiburg führt, einen Blick in dieses Institut zu werfen, durch welches Herr Professor Schlegel ihnen ein sachverständiger und freundlicher Führer sein wird.

Es ist von einer Seite ein ganz kleines Fragezeichen hinter die Tätigkeit der Regierung gesetzt worden, indem gesagt wurde, daß das landwirtschaftliche Budget eine Million weniger aufweise als das gewerbliche Budget. Ich glaube, auch abgesehen davon, daß es sich hier (wie der betreffende Redner selbst gesagt hat) um nicht vergleichbare Größen handelt, wird dieses Fragezeichen verschwinden, wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß in das gewerbliche Budget ein großer Bau (derjenige der Kunstgewerbeschule in Forzheim) aufgenommen ist, der Bau einer Anstalt, wie sie für die Landwirtschaft wohl nicht in Frage kommen kann, und wenn Sie sich ferner vergegenwärtigen, daß zahlreiche und umfangreiche Aufwendungen des Staates für die Pflege der Landwirtschaft in anderen Positionen unseres Budgets erscheinen, wenn Sie z. B. aus dem Titel IX „Verwaltung und Polizei“ das Veterinärwesen, wenn Sie aus dem Titel der Wasser- und Straßenbauverwaltung das Landeskulturwesen herausnehmen, und wenn Sie ferner bedenken, welche große Teile der Wasserversorgung, des Wasserbaues vor allem den Zwecken der Landwirtschaft dienen. Sie werden dann, glaube ich, zugeben müssen, daß wir auf dem Gebiete der Landwirtschaftspflege nichts versäumt haben und daß wir dem Gebiete durchaus dieselbe Sorgfalt zuwenden wie dem Gebiete der Förderung des Gewerbes.

Alle Redner haben sich dahin ausgesprochen, daß unsere Landwirtschaft im ganzen sich jetzt in besseren Verhältnissen befindet, daß sich die Lage unseres Bauernstandes im allgemeinen ganz wesentlich gehoben hat, und es ist das ja eine außerordentlich erfreuliche Erscheinung. Sie ist wohl auf eine ganze Anzahl von Ursachen zurückzuführen, welche hier auch schon berührt worden sind: Wir haben eine Anzahl guter Jahre gehabt; ferner hat sich die Politik unserer „kleinen Mittel“, der ja unser ganzes Landwirtschaftsbudget dient, in vollem Umfange bewährt; und nicht zuletzt ist es die steigende Bildung der Landwirte, ihr unermüdlicher Fleiß, ihre Mäßigkeit und Sparsamkeit, welche sie vorangebracht hat. Aber eine Hauptursache des Anstieges des Wohlstandes der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist, glaube ich, außerdem in dem großen Mittel, in der Zollpolitik des Deutschen Reiches zu finden. Der Herr Abg. Kolb hat diese Politik eine „tüchtige“ Politik genannt, und ich muß, da diese Politik von den Verbündeten Regierungen zu vertreten ist, mit einem Worte darauf eingehen. Ich werde mich nicht lange dabei verweilen, denn der Zolltarif steht ja auf eine lange Reihe von Jahren gesetzlich fest; er ist beschlossen worden im Einverständnis der Verbündeten Regierungen mit der großen Mehrheit des Reichstages, also mit der großen Mehrheit der vom Deutschen Volke auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts gewählten Vertreter, und er ist damit vorläufig einer Diskussion mit praktischem Zwecke entzogen.

Wenn wir uns nun fragen, ob in der Tat diese Politik eine tüchtige oder ob sie gerechtfertigt ist, so müssen wir doch zunächst diejenigen hören, die sie ja am aller-nächst angeht, und das sind unsere Landwirte; und ich glaube, wenn man landauf und landab geht und die Landwirte hört, so sind, so sehr sonst die Ansichten der einzelnen Richtungen unter den Landwirten verschieden sein mögen, doch wohl darin alle einig, daß diese Zollpolitik gerechtfertigt und daß sie notwendig war. Nun sagt ja freilich der Herr Abg. Kolb, daß die Landwirte sich einer ungeheuerlichen Täuschung hingeben und daß das, was durch die erhöhten Preise der Produkte herein kommt, wieder durch die Erhöhung der Bodenpreise hinausgeht. Ich glaube aber, daß unsere Bauern doch hinreichend sachverständig sind, um ihre Lage selbst richtig zu beurteilen, und ich glaube deshalb, ihrem Urteil in dieser Beziehung eine ausschlaggebende Bedeutung auch für diejenige Richtung geben zu sollen, welche die Regierung bei ihrer Tätigkeit im Bundesrat einzuhalten hat. Wenn die Bodenwerte steigen, so ist zu berücksichtigen, daß sie durch Jahre hindurch in vielen Gegenden unseres Landes gefallen waren, und daß es eine natürliche Erscheinung ist, daß, wenn die Erträge sich steigern, dann auch die Bodenwerte wieder steigen. Ob das in der Tat nun dazu führt, daß durch die höheren Kapitalanlagen im Bodenwert und durch die höheren Pachtzinsen die Mehrerträge wieder verloren gehen, das bedürfte doch noch sehr einer sorgfältigen Prüfung; vor allem wird man prüfen müssen, ob die da und dort aufgetretene Steigerung der Bodenwerte lediglich, ob sie hauptsächlich, ob sie überhaupt auf die Steigerung der Erträge zurückzuführen ist; und selbst wenn diese Frage zu bejahen ist — in vielen Gegenden des Landes ist sie nicht zu bejahen, da dort die Bodenrente infolge der gesteigerten Nachfrage steigt (es gilt dies insbesondere für Orte mit Fabrikbevölkerung) —, ist doch die weitere Frage zu stellen, ob denn die Steigerung des Bodenwertes außer Verhältnis zu der Steigerung der Erträge steht.

Mit den Ausführungen des Herrn Abg. Kolb kann man also unseren Landwirten ihre berechnete Freude über die Besserung der Verhältnisse nicht verderben, und damit kann man auch nicht, glaube ich, die Befürchtung rechtfertigen, daß diese Freude sich in wenigen Jahren in das Gegenteil verkehren werde. Wir müssen allerdings die Erwartungen und Ergebnisse der folgenden Jahre abwarten; ich gebe mich aber der Hoffnung hin, daß diese die Politik der Regierung rechtfertigen, und ich gebe mich der weiteren Hoffnung hin, daß auch fernerhin die Landwirte ihre wahren Freunde von ihren falschen Freunden zu unterscheiden wissen werden. Die Zollpolitik der Verbündeten Regierungen ist ja ursprünglich nicht ausgegangen von agrarischen Gesichtspunkten, sie ist ausgegangen von der erkannten Notwendigkeit, die Industrie zu schützen. Es war der Rückgang vor allem der rheinischen und westfälischen Eisenindustrie, welcher die Zollpolitik von 1879 veranlaßt hat. Diese Umkehr unserer Zollpolitik hat zu einer hohen Blüte unserer Industrie geführt; sie hat dazu geführt, daß Tausende von Arbeitern lohnenden Verdienst gefunden haben. Danach sollte doch auch die Arbeiterschaft unsere Zollpolitik etwas anders beurteilen! Es handelt sich doch darum, was besser ist: ob man teureres Brot und teureres Fleisch bekommt, oder ob man gar kein Brot und gar kein Fleisch bekommt. Wenn die Arbeiter nicht diese Blüte der Industrie hätten erleben dürfen, wenn nicht durch die Zollpolitik der Verbündeten Regierungen diese große Beschäftigungsmöglichkeit geboten worden wäre, dann wäre geradezu eine Notlage in der Arbeiterschaft eingetreten, während sie sich jetzt in einer aufsteigenden Entwicklung befindet. Bei dieser Berücksichtigung

tigung der Schutzbedürftigkeit der Industrie ist aber die Landwirtschaft zu kurz gekommen. Man hat der Landwirtschaft einen Schutz nicht angedeihen lassen, und durch Jahre hindurch hat die Landwirtschaft schwer zu kämpfen gehabt. Sie hat in den Preisen ihrer Erzeugnisse ihre Selbstkosten nicht zurückerhalten, und es bedurfte der ganzen Zähigkeit, der ganzen Mähterheit und Sparsamkeit unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung, um diese Jahre zu überwinden.

Es hat sich in unserem Volke eine merkwürdige Anschauung entwickelt; man hat jede gesteigerte Forderung der Landwirte, jeden Wunsch, der dahin ging, daß bessere Preise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft bezahlt würden, als etwas Unberechtigtes anzusehen sich gewöhnt. Man hat aber darin nichts Unberechtigtes gefunden, daß die Arbeiter eine Erhöhung ihrer Löhne forderten und daß die Fabrikanten ihrerseits ihre Preise erhöhten. Die Landwirtschaft ist dadurch ungleich behandelt worden, sie ist ins Hintertreffen geraten, und es war die Pflicht der Verbündeten Regierungen, bei der Erneuerung des Zolltarifs den Schutz für die Landwirtschaft zu erhöhen (Beifall im Zentrum; Sehr richtig! bei den Nationalliberalen). Ich glaube deshalb, daß die Verbündeten Regierungen auf dem richtigen Wege waren und sind, und daß sie auf diesem Wege beharren sollten, und ich glaube auch, daß sie auf dem richtigen Wege waren und sind bezüglich der Seuchenpolizei, bezüglich der Sperrung unserer Grenzen gegen die Gefahr, die uns von auswärts droht in den verseuchten Rindviehstücken und in den verseuchten Schweinen. Wer es mit durchgemacht hat, wie sehr unsere Landwirtschaft, namentlich unsere Kleinbäuerliche Bevölkerung, unter der Maul- und Klauenseuche gelitten hat, was das eine außerordentliche Erschwerung des Betriebes gewesen ist, wie da Millionen des Volksvermögens verloren gegangen sind, der kann es nur mit Freuden begrüßen, daß in dieser Beziehung strenge Grundsätze eingetretten sind und gehandhabt werden (Abg. Frhr. v. Mentzingen: Sehr gut!).

Es ist dann von den Herren Rednern eine Fülle von Anregungen gegeben worden; auf diese Anregungen im einzelnen wird Herr Geh. Oberregierungsrat Nebe antworten. Sie sind zu einem großen Teil dankenswert und werden von der Regierung in Erwägung gezogen werden. Sie gehören dem Gebiete der kleinen Mittel an, durch welche wir unsere Landwirtschaft gefördert haben und ferner zu fördern gedenken. In dieser Beziehung hat ja auch der Herr Abg. Kolb einige sehr schätzbare Anregungen gegeben. Wenn er übrigens dabei immer auf Dänemark hingewiesen hat, so ist das ja sehr beherzigenswert, soweit es sich um die Förderung des Genossenschaftswesens usw. handelt. Aber im übrigen sollte man sich doch hüten, derartigen Vergleichen eine zu große Bedeutung beizumessen. Man muß, wenn man derartige auswärtige Verhältnisse zum Vergleich heranzieht, diese Verhältnisse sowohl als auch die heimischen Verhältnisse genau kennen, und darf die besonderen Umstände nicht außer Acht lassen, die bei den auswärtigen Verhältnissen mitspielen. Da will mir scheinen, daß gerade bei Dänemark ein Umstand schwer ins Gewicht fällt: daß Dänemark rings vom Meer umgeben ist, daß es also eine außerordentlich billige Gelegenheit für die Beförderung der Erzeugnisse seiner Landwirtschaft, die Erlangung derjenigen Güter hat, die es von vor seinen Toren das große Absatzgebiet von England hat, daß es sich also in einer ähnlichen Lage befindet wie eine Dorfgemeinde in der Nähe einer Stadt; es kann auf den sicheren Absatz seiner Produkte zu lohnenden Preisen jederzeit rechnen (Abg. Sießler: Sehr

Unter den Anregungen, die gegeben worden sind, möchte ich selbst auf eine und die andere eingehen. Es ist hier zunächst von dem Herrn Abg. Ries von der Gestaltung unseres ländlichen Kreditwesens gesprochen worden. Er hat den Wunsch ausgesprochen, daß man eine Vereinigung zwischen den ländlichen Kreditgenossenschaften, welche den Personalkredit befriedigen, und den Sparkassen, welche den Hypothekarkredit befriedigen, herstellen solle, und daß auf diesem Unterbau sich dann die Landeskreditkasse erheben möge. Die Frage der Landeskreditkasse ist wiederholt in diesem Hohen Hause erörtert worden, und vor nunmehr 22 Jahren ist dieser Gedanke einer Landeskreditkasse hier begraben worden. Die Regierung hatte den Gedanken einer Bearbeitung unterzogen, es lag sogar ein fertiger Entwurf vor. Aber die Sparkassen des Landes haben einen entschiedenen Widerspruch erhoben, und es hat dieses Hohe Haus sich diesem Widerspruch angeschlossen. Man hat dann versucht, dem Kreditbedürfnis, soweit es ungenügend befriedigt war, auf anderem Wege abzuwehren: durch die Vereinbarung mit der Rheinischen Hypothekbank, und diese Vereinbarung hat nach meiner Ueberzeugung und auch nach dem, was hier von verschiedenen Seiten gesagt worden ist, im ganzen segensreich gewirkt. Sie hat namentlich auch regulierend auf den Zinsfuß der Sparkassen gewirkt. Im übrigen haben die Sparkassen ihre Tätigkeit zugunsten der ländlichen Bevölkerung auch wesentlich ausgedehnt und vertieft. Es ist das vor allem durch die Ausdehnung der Tilgungshypotheken geschehen, von denen verschiedene der Herren ja auch gesprochen haben. Es betragen diese Tilgungshypotheken der Sparkassen Ende 1906 30,5 Millionen Mark gegen 26 Millionen Mark Ende 1805 und gegen 16 Millionen Mark Ende 1903. Die Sparkasse Balldshut, die der Herr Abg. Ries mit Recht rühmlich hervorgehoben hat, hat 2,7 Millionen solcher Darlehen ausstehen.

Was nun die Frage der Landeskreditkasse betrifft, so dürfte jetzt wohl nicht der Zeitpunkt sein, neuerlich an eine Erwägung der Einrichtung eines solchen Instituts heranzutreten. Dagegen wird der Zeitpunkt wohl gegeben sein, wenn einmal die Verschuldungsstatistik vorliegt, was hoffentlich bald der Fall sein wird. Es wird dann wohl die Frage der Ordnung des ländlichen Kreditwesens einer erneuten Prüfung zu unterziehen sein. Ob es möglich sein wird, den Gedanken auszuführen, daß die ländlichen Kreditgenossenschaften und die Sparkassen zusammenarbeiten und einen Unterbau für eine derartige Anstalt abgeben, das möchte ich allerdings stark bezweifeln. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Vor allem glaube ich nicht, daß die Sparkassen sich jemals bereit finden werden, ihre Selbstständigkeit aufzugeben, und ich glaube auch nicht, daß die Gemeinden geneigt sein werden, auf die Ueberschüsse der Sparkassen zu verzichten. Eine jede dieser Institutionen, die Sparkassen und ländlichen Kreditgenossenschaften haben, auf ihrem Gebiet segensreich gewirkt, und man darf der Entwicklung vertrauen, daß sie das auch fernerhin tun werden.

Es ist dann vom Weingesetz gesprochen und die Haltung, welche die Regierung in dieser Beziehung bisher eingenommen hat, gebilligt worden. Ich freue mich dieser Zustimmung. Die Regierung wird im Bundesrat dafür eintreten, daß das Weingesetz den Anforderungen entspricht, welche hier gestellt worden sind (Beifall im Zentrum). Sie ist überzeugt, daß, wenn irgend ein Teil unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung einer Förderung, einer Beihilfe bedarf, das gerade die Weinbauern sind, und daß diese Förderung wesentlich und hauptsächlich zu erblicken sein wird einmal in besseren Vorschriften über die Zusammensetzung und Bezeichnung

des Weines und sodann in der Durchführung einer Kellerkontrolle, und zwar einer Kellerkontrolle namentlich auch in den Gebieten des Deutschen Reiches, welche keinen Weinbau haben. (Beifall auf den verschiedenen Seiten des Hauses. Abg. Frhr. v. Menzingen: Sehr gut!)

Es ist dann die Frage eines Obstbaulehrers für Ueberlingen gestreift worden, und der Herr Berichterstatter hat seine Meinung dahin ausgesprochen, es sei nicht angängig, daß der Obstbaulehrer, welcher in unserem Voranschlag für Mosbach vorgezogen ist, nach Ueberlingen gesetzt werde; er halte allerdings den Wunsch der Bewohner der Seegegend nach einem Obstbaulehrer für begründet, es könne aber diesem Wunsche nur durch die Anforderung einer weiteren Stelle entsprochen werden. Die Großh. Regierung ist in dieser Beziehung anderer Ansicht. Es wäre ihr sehr erwünscht, noch weitere Stimmen darüber zu hören. Nach nochmaliger Prüfung glaubt die Regierung, daß das Bedürfnis der Anstellung eines Obstbaulehrers in Ueberlingen dringender ist als die Anstellung eines Obstbaulehrers in Mosbach und zwar aus folgenden Gründen: Einmal ist der Obstbau im Seekreis ganz besonders entwickelt, die Zahl der Obstbäume ist eine besonders große, das Klima, die Lage ist vielfach für den Obstbau besonders günstig, es bedarf aber der Obstbau dort durchaus einer neuzeitlichen Weiterbildung und Förderung; sodann ist aber der Bezirk, der dem Obstbaulehrer in Mosbach zuzuweisen wäre, schon ziemlich versorgt. Es befindet sich in Tauberbischofsheim ein Obstbaufachverständiger, Herr Schauer, dem die Funktionen eines Obstbaulehrers im größten Teil des Kreises Mosbach übertragen sind. Sodann ist im Kreis Heidelberg zusammen mit dem Kreis Mannheim die Anstellung eines Obstbaulehrers für diese beiden Kreise beschlossen. Es handelt sich im wesentlichen daher nur um den einen Amtsbezirk Mosbach, welcher zurzeit eines Obstbaulehrers entbehrt. Unter diesen Umständen wird es in der Tat gerechtfertigt sein, wenn man den Obstbaulehrer, statt ihn nach Mosbach zu setzen, nach Ueberlingen setzt und die Anstellung von Obstbaulehrern in anderen Landesgegenden künftigen Budgetperioden vorbehält. Daß auf diesem Gebiet überhaupt mehr geschehen muß, das hat die Mannheimer Ausstellung gezeigt, wo wir gesehen haben, welche große Fortschritte der Obstbau in Hessen unter der Fürsorge und Leitung zahlreicher Obstbaulehrer gemacht hat. Es soll also nicht etwa auf die Anstellung eines Obstbaulehrers im Unterland verzichtet werden, sondern es soll nur für diese Budgetperiode ein Obstbaulehrer statt für den Bezirk Mosbach für den Bezirk Ueberlingen angestellt werden.

Geh. Oberregierungsrat Rebe: Der Herr Abg. Schüler hat in seinem einleitenden Vortrage vorgestern auch das Gebiet des Rebbaues gestreift und dabei angedeutet, daß staatlicherseits für den Rebbaubau im Verhältnis zu anderen Zweigen der Landwirtschaft zu wenig geschehe, oder daß doch darüber geklagt werde. Dem muß ich entgegentreten. Die Großh. Regierung hat sich seit Jahren eine intensive Förderung gerade des Rebbaues, der ihrer Fürsorge z. Bt. besonders bedürftig ist, angelegen sein lassen. Die einzelnen Maßnahmen will ich hier nicht aufzählen, ich kann aber erwähnen, daß die Großh. Regierung gerade daran ist, eine weitere Maßnahme zu treffen, nämlich Rebbehandlungs- und Weinbehandlungskurse in Augustenberg und Hochburg ins Werk zu setzen. Mit diesen Kursen wird voraussichtlich noch im Laufe des Jahres begonnen werden können, und es ist zu hoffen, daß die Rebbaubau treibende Bevölkerung daraus Nutzen zieht. Es ist auch hervorzuheben, daß die Großh. Regierung einen besonderen Rebbaubau-

techniker angestellt hat in der Person des Rebbaulehrers Dümler. Dieser Beamte hat schon im vorigen Jahr eine sehr umfangreiche Tätigkeit entfaltet. Er hat in 45 Gemeinden Rebschnittkurse abgehalten, die sich einer ganz außerordentlichen Teilnahme der Bevölkerung zu erfreuen hatten; er hat ferner in 32 Gemeinden des Landes Reben-Spritz- und Schwefelkurse abgehalten, die ebenfalls das Interesse der Rebbaubau treibenden Bevölkerung in hohem Maße erregt haben, und er hat, abgesehen von zahlreichen Wandervorträgen in verschiedenen Gemeinden, an Winterabend Weinbauvorträgen gehalten mit besonderer Berücksichtigung der Kellerbehandlung. Er hat auch, entsprechend der ihm erteilten Dienstweisung vielfach an Ort und Stelle Rat erteilt, u. a. in zwei Gemeinden die Bekämpfung des Sauerwurms organisiert und geleitet, und er hat, ich möchte das mit Bezug auf eine Bemerkung des Herrn Abg. Schüler sagen, eine Abhandlung über die Bekämpfung des Heu- und Sauerwurms veröffentlicht, von welcher der Rebbaubau treibenden Bevölkerung Exemplare zugestellt werden sollen. Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, daß in den Jahren 1905-1907 verschiedenen Gemeinden der Amtsbezirk Mühlheim, Vörrach und auch der Insel Reichenau namhafte Geldmittel zur Unterstützung in der systematischen Bekämpfung des Heu- und Sauerwurms bewilligt worden sind. In diesem Zusammenhang ist auch noch an die Tätigkeit des Rebbaubau Schauer in den Rebgemeinden des Unterlands zu erinnern.

Der Herr Abg. Schüler hat dann noch bei Erwähnung der Tätigkeit der Versuchsanstalt den Wunsch ausgesprochen, daß dem Handel mit Viehpulvern schon auf den Leib gerückt werden möchte. Dieser Wunsch ist bereits erfüllt. Es sind sowohl die Bezirksämter als die Bezirkstierärzte angewiesen, dieser Sache, insbesondere der Anpreisung der oft nutzlosen Mittel, ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und erforderlichenfalls gerichtliche Einschreiten herbeizuführen.

Ich wende mich nun der Beantwortung einiger Wünsche des Herrn Abg. Frhr. v. Gleichenstein zu, der zunächst mit der Bienenzucht, speziell mit der Bekämpfung der Faulbrut beschäftigt und im Zusammenhang damit die Untersuchungen der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg erwähnt hat. Die landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg hat in der Tat umfangreiche Untersuchungen über die Natur und das Wesen dieser Seuche veranfaßt, die auch zu einem gewissen Abschluß gebracht wurden; die Ergebnisse dieser Untersuchung sind im landwirtschaftlichen Wochenblatt veröffentlicht worden. Ich verweise auf das landwirtschaftliche Wochenblatt vom Jahre 1901 Seite 78. Augenblicklich ist eine Reichsanstalt, die Kaiserliche Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft in Daheim, mit der Untersuchung der Faulbrut beschäftigt, und es hat vor kurzem ein Vertreter des Reichsamts des Innern über den Stand dieser Untersuchungen im Reichstag dahin Auskunft gegeben, daß diese Untersuchungen noch nicht ganz abgeschlossen seien, daß aber die biologische Anstalt um die Beschleunigung der Untersuchungen angegangen worden sei.

Der Herr Abg. Freiherr von Gleichenstein hat dann darauf aufmerksam gemacht, daß wir auch im eigenen Lande einen Faulbrutforscher besitzen und zwar in der Person des Hauptlehrers Gerathwohl in Weinsbach, dem die Großh. Regierung nicht das nötige Gegenkommen zeige. Der Hauptlehrer Gerathwohl ist in langen Jahren von der Großh. Regierung in seinen Bestrebungen unterstützt worden und zwar auch mit Geldmitteln, und es sind ihm im Budget für die Abhaltung seiner Unterrichtskurse ganz beträchtliche Zuwendungen

macht worden, letztmals im Jahre 1907. Nachdem allerdings dem badischen Landesverein für Bienenzucht jährlich 1200 Mark für Faulbrutbekämpfungsmassnahmen gewährt werden, müssen einzelne Personen und Vereine mangels weiterer Mittel in der Regel an den Landesverein verwiesen werden.

Was nun die Bekämpfung der Faulbrut anbelangt, so ist ein Erfolg nicht zu erhoffen, so lange es an einer gesetzlichen Grundlage fehlt, und auch dann nicht, wenn nur ein einzelnes Land wie zum Beispiel Baden allein vorgeht, und deshalb haben wir seither davon abgesehen, einer gesetzlichen Regelung näher zu treten. Es hat nun der Vertreter des Reichsamts des Innern im Reichstag weiter erklärt, daß das Reichsamt des Innern der Frage der Bekämpfung der Faulbrut wohlwollend gegenüberstehe, und daß man sich alsbald schlüssig zu machen gedenke, ob diese Bekämpfung auf landesgesetzlichem oder reichsgesetzlichem Wege in die Wege zu leiten sei. Die Sache ist also im Flusse, und ich hoffe, daß sie einen raschen Fortgang nimmt.

Der Herr Abgeordnete hat dann noch auf die neue bienenwirtschaftliche Anstalt in Erlangen hingewiesen. Es ist uns bekannt, daß Bayern ein derartiges Institut eröffnet hat oder demnächst eröffnen will. Man wird aber die Erfahrungen abwarten müssen, die man dort macht, bevor wir unsereits der Frage näher treten. Bayern ist ja auch der erste Bundesstaat, der eine solche Anstalt errichtet.

Die Frage des Herrn Abg. von Gleichenstein, ob auch Geflügelzüchtervereine eine staatliche Beihilfe erhalten können, möchte ich bejahen, wobei natürlich vorausgesetzt wird, daß die Vereine keine Sportgeflügelzucht treiben, und daß sie sich den staatlichen Bedingungen, die an die Gewährung solcher Beihilfen geknüpft werden, unterwerfen. Es sind auch seither schon zahlreichen Vereinen derartige Beihilfen gewährt worden.

Dem Wunsche des Herrn Abg. von Gleichenstein, es möchten für den Weidebesuch der Tiere in ganz trockenen Jahren den Besitzern höhere Beihilfen als der übliche Betrag von 20 M. gewährt werden, kann ich eine Erfüllung leider nicht zusagen. Unsere Ausgaben für Weiden sind in der letzten Zeit ganz erheblich gestiegen, und zwar einmal dadurch, daß wir die Weideprämien eingeführt haben, und zum anderen infolge der Errichtung zweier weiterer Jungviehweiden, nämlich bei Medesheim und bei Tauberbischofsheim. Es wird uns daher nicht möglich sein, die Beihilfe an die einzelnen Tierbesitzer zu erhöhen.

Der Herr Abgeordnete hat dann noch weiter gefragt, ob Vorsichtsmaßnahmen getroffen seien bezüglich der aus der Schweiz eingeführten Milch, die zum Teil aus Gegenden komme, in denen die Maul- und Klauenseuche verbreitet sei. Es war bisher kein Anlaß vorhanden, derartige Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, weil die bei uns eingeführte Milch, die hauptsächlich nach Freiburg gelangt, aus Gegenden kommt, wo die Maul- und Klauenseuche nicht herrscht, nämlich aus der westlichen Schweiz, während die Maul- und Klauenseuche hauptsächlich in der östlichen Schweiz verbreitet ist oder war. Die Seuche ist aber im Rückgang begriffen, und es ist zu hoffen, daß sie in Bälde erlischt. Einstweilen haben wir ja die Grenze gegen die Einfuhr von Tieren aus der Schweiz gesperrt.

Der Herr Abg. v. Gleichenstein hat dann ferner von einem Rückgang unseres Rebbaues gesprochen, den er zum Teil darauf zurückführt, daß unsere Reben infolge der Stecklingsvermehrung gewissermaßen degeneriert seien, und er hat die Rückkehr zur Sämlingszucht befürwortet und zunächst Versuche hierfür

gewünscht. Es ist aber wissenschaftlich noch nicht nachgewiesen, daß unsere heimischen Reben tatsächlich entartet sind, und es ist auch nicht dargetan, daß durch die Rückkehr zur Sämlingszucht unsere Reben widerstandsfähiger werden. Ein solches Verfahren wäre umständlich, teuer, auch zeitraubend, und würde nach Ansicht von Sachverständigen geeignet sein, uns um die Erfolge unserer durch Jahrhunderte betriebenen Rebenkultur zu bringen. Diese Frage ist auch im früheren Landwirtschaftsrat behandelt worden, der Antragsteller ist aber mit seiner Ansicht vollständig isoliert geblieben, und seine Anregung ist nahezu einstimmig abgelehnt worden. Es wäre aber immerhin interessant, wenn vielleicht auch andere Sachverständige des Hauses Anlaß nehmen wollten, sich über diese Frage zu äußern.

Was unserem Rebbaue Not tut, das ist eine teilweise Verjüngung unserer zu alten Reben, und dann eine bessere Düngung und eine bessere Bodenbearbeitung, und in dieser Richtung bewegen sich auch die Maßnahmen der Großh. Regierung. Ich erinnere an die Gewährung von Beihilfen für die Anlage von Rebschulen, an die Gewährung von Beihilfen für die Beschaffung von künstlichem Dünger, und endlich an die Möglichkeit, für neue Rebanlagen Grundsteuerfreiheit auf die Dauer von 5 Jahren zu erlangen.

Der Herr Abg. v. Gleichenstein ist dann auch auf die Lage unserer Rebbaue zu sprechen gekommen, und er hat betont, daß die Lage sich noch nicht gebessert habe, daß insbesondere noch ein durchaus mangelhafter Absatz des Weines bestehe, worin ihm allerdings der Herr Abg. Neß dann widersprochen hat. Ich glaube nun, es haben beide Herren recht, daß sich so verhalten, daß die geringen Weine fortgegangen und die besseren Weine übrig geblieben sind (Sehr richtig! im Zentrum). Daß noch viel Vorrat vorhanden ist, ergibt sich aus einer Ankündigung über den demnächst stattfindenden Offenburger Weinmarkt, wonach auf diesem Markte 6000 Hektoliter Wein angeboten werden. Wenn für den Weinmarkt in Offenburg, für welchen doch nur Offenburg und seine Umgebung in Betracht kommt, allein 6000 Hektoliter angeboten werden, so ist das ein Beweis dafür, daß noch sehr viel Wein in den Kellern lagert (Sehr richtig! im Zentrum). Der Herr Abg. v. Gleichenstein führt diesen mangelhaften Absatz hauptsächlich auf die Weinschmiererei zurück, und der Herr Abg. Schüler hat auch den Etikettenschwindel dafür verantwortlich gemacht. Diesen und ähnlichen Mißständen soll ja gerade das neue Weingesetz entgegengetreten, aber das der Herr Ministerialpräsident soeben schon das Erforderliche bemerkt hat.

Der Herr Abg. von Gleichenstein hat dann noch die Gründung von Naturweinbauvereinen zur Sprache gebracht, also von Vereinen, die sich den Verkauf von nur naturreinen Weinen zur Aufgabe machen. Die Bildung derartiger Vereine ist sehr zu begrüßen, und es ist zu wünschen, daß sie eine regenreiche Tätigkeit entfalten. Die Großh. Regierung ist gerne bereit, der Anregung, sich bei der Deckung ihres Bedarfs an Weißwein für die staatlichen Anstalten auch der Vermittlung dieser Vereine zu bedienen, näherzutreten (Beifall im Zentrum), ebenso wie dies der Fall sein wird bezüglich der Winzergenossenschaften.

Ich komme nun auf einige Wünsche des Herrn Abgeordneten Rieß. Derselbe hat zunächst einer Reform der Bestimmungen für die staatliche Viehprämierung das Wort geredet, und zwar in der Richtung einer größeren Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Tiere. Er hat darauf hingewiesen, daß die einschlägigen Bestimmungen bereits 25 Jahre in Kraft seien, woraus er schließt, daß sie veraltet seien. Ein Alter von 25 Jahren ist nun an

und für sich noch nicht geeignet, darauf schließen zu lassen, daß derartige Bestimmungen veraltet sind, ganz abgesehen davon, daß diese Bestimmungen im Jahre 1897 einer Durchsicht unterzogen und auch abgeändert worden sind, und zwar durch Einführung des Leistungsnachweises, allerdings in der Richtung der Zucht. Es wurde damals die neue Bestimmung eingeführt, daß Tiere nur dann wieder prämiert werden können, wenn eine gute Nachzucht bei der zweiten Prämierung mit vorgeführt wird. Der Herr Abg. Ries wünscht nun allerdings auch einen Leistungsnachweis bezüglich der Milch. Auch diese Frage ist im Badischen Landwirtschaftsrat schon ausführlich behandelt worden, und es sind die Meinungen über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Veranstaltung von Leistungsprüfungen geteilt gewesen. Es hat sich aber damals eine Mehrheit dahin gefunden, daß zunächst einmal im Bereiche einiger Zuchtgenossenschaften derartige Prüfungen planmäßig vorgenommen werden möchten, also zunächst nur örtlich, nicht allgemein und auch nicht im Anschluß an die staatliche Viehprämierung. Es hat sich dann der Oberbadische Zuchtverband des Gedankens bemächtigt, und sich bereit erklärt, innerhalb des Verbandes derartige Proben anzustellen. Er hatte ja wegen seiner Ausfuhr ein besonderes Interesse daran, einmal die ausgiebige Milchleistung des Simmentaler Rindes festzustellen, nachdem vonseiten der Konkurrenz häufig das Gegenteil behauptet worden war. Leider ist die Sache damals nicht zur Ausführung gekommen, weil staatliche Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden konnten, und weil auch die für die Milchprüfung in Betracht kommende landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg in ihren alten Räumlichkeiten auf eine so umfangreiche Untersuchung nicht eingerichtet war. Inzwischen hat aber der Oberbadische Zuchtverband seinen Antrag erneuert, und es ist nun, nachdem unterdessen auch die neue Anstalt in Augustenberg bezogen ist und wir auch einige Geldmittel zur Verfügung stellen konnten, die Erwartung berechtigt, daß das Unternehmen zustande kommt.

Der Herr Abgeordnete Ries hat dann noch als Mangel bezeichnet, daß nur Zucht- und Rassevieh zur Prämierung gelange, während es sich in den meisten Gemeinden um Gebrauchsvieh handle, das sonach von den Vorteilen der Prämierung ausgeschlossen sei, und er wünscht eine Trennung in Zuchtvieh- und Gebrauchsvieh-Bezirke. Abgesehen davon, daß durch eine derartige Trennung die Einheitlichkeit der Prämierung notleidend würde, ist es auch nicht richtig, daß bei uns nur Zuchtvieh in strengstem Sinne des Wortes prämiert wird. Dies mag der Fall sein in einigen Hochzuchtbezirken; aber im allgemeinen bringen die Landwirte auch ihr Gebrauchsvieh zur Prämierung und erhalten für dasselbe Preise, wie denn überhaupt bei uns in Baden eine derartig strenge Scheidung von Gebrauchsvieh und Zuchtvieh nicht stattfindet. Es ist übrigens zu bemerken, daß diese Frage in der letzten Tagung der Landwirtschaftskammer angeschnitten wurde. Sie wird also dort zunächst einer Prüfung unterzogen werden, und darauf wird sich die Großh. Regierung über eine etwaige Aenderung der Grundbedingungen schlüssig zu machen haben. In diesem Zusammenhang kann auch den Anregungen des Herrn Abg. Ries nachgegangen werden.

Der Herr Abgeordnete Ries hat dann noch auf die Schädlichkeit kleiner Märkte hingewiesen und den Wunsch ausgesprochen, daß bei Genehmigung neuer Märkte ein besonders strenger Maßstab angelegt werden möchte. Grundsätzlich kann ihm zugestimmt werden, daß große Märkte vorzuziehen sind. Allein nach den Verhältnissen gewisser Landesgegenden können doch auch kleinere Märkte nicht entbehrt werden. Die Sache wird sich selbst for-

gieren; denn ein nicht lebensfähiger Markt wird eben sehr bald wieder eingehen.

Der Herr Abgeordnete hat dann die mangelhafte Organisation unseres Viehabsatzes beklagt. Auch diese Frage, insbesondere die Einrichtung einer genossenschaftlichen Viehverwertung nach dem Muster anderer Länder, wie z. B. Bayern, unterliegt zur Zeit der Begutachtung der Landwirtschaftskammer.

Der Herr Abg. Ries hat dann noch den Wunsch nach einer Vermehrung der Gemeindegewässer ausgesprochen. Dieser Gedanke ist der Großh. Regierung sehr sympathisch. Es werden aber erhebliche Schwierigkeiten insofern bestehen, als es den Gemeinden nicht immer möglich sein wird, das erforderliche Gelände zu erwerben. Soweit etwa nur kleinere Tummelplätze in Frage kommen, ist die Sache ja natürlich einfacher. Die Großh. Regierung ist aber jedenfalls bereit, für beide Arten von Weiden Unterstüzungen zu gewähren.

Der Herr Abgeordnete Ries hat dann endlich noch gewünscht, daß für die Einfuhr von Hinterwäldervieh in das Murgtal, wie sie durch den landwirtschaftlichen Bezirksverein Gernsbach betrieben werde, nach wie vor staatliche Beihilfen gewährt werden möchten. Für diese Vieheinfuhr in das Murgtal sind jahrelang staatliche Beihilfen bewilligt worden. Man ging aber von der Ansicht aus, daß es sich bei dieser Einfuhr um eine züchterische Maßnahme handle. Nachträglich hat sich aber herausgestellt, daß dies nicht der Fall ist, daß die eingeführten Tiere garnicht zur Zucht verwendet werden, und deshalb ist die Unterstüzung eingestellt worden. Es soll übrigens die Angelegenheit noch einmal unter Heranziehung der Gesichtspunkte, die Herr Abg. Ries vorgetragen hat, geprüft werden.

Den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Ries über das landwirtschaftliche Bildungswesen kann die Regierung nur zustimmen. Sie ist ja selbst bemüht, hier immer Verbesserungen einzuführen. Ich verweise darauf, daß im Budget die Mittel für eine neue landwirtschaftliche Winterschule in Rastatt angefordert sind, und daß die Regierung auch stets an der Arbeit ist, die verschiedenen Fachkurse in Augustenberg und auf der Hochburg zu vermehren und weiter auszubauen.

Der Herr Abgeordnete Müller hat vorgetragen, daß die polizeilichen Maßnahmen wegen Reinigung der Obstbäume von Misteln nicht genügend seien, und er hat den Wunsch ausgesprochen, es möchte die Forstverwaltung für diese Frage interessiert werden und den Bezirksämtern tatkräftig zur Seite stehen. Diese Anregung soll geprüft werden; wir werden mit der Forstverwaltung hierüber ins Benehmen treten.

Er ist dann weiterhin auf die Frage der Errichtung einer Mustergeflügelzuchtanstalt zu sprechen gekommen und hat hierbei wieder den Wunsch ausgesprochen, daß diese Anstalt in die Mitte des Landes und zwar in die Nähe einer Bahnstation gelegt werde. Nachdem es nicht möglich gewesen ist, eine zweite Rate für dieses Unternehmen in das jetzige Budget einzustellen, ist die Entscheidung über den Standort dieser Anstalt eine Frage der Zukunft, und ich glaube, wir brauchen uns diesmal hierüber nicht ausführlich auszusprechen. Die Regierung wird die Sache eingehend weiter prüfen und sie hofft, dem nächsten Landtage entsprechende Vorschläge unterbreiten zu können.

Dem Wunsche des Herrn Abg. Müller nach Herstellung eines modernen eingerichteten Bienenstandes auf der Hochburg hoffen wir bei Aufstellung des nächsten Budgets entsprechen zu können. Es war dies

schon für diesmal beabsichtigt, die Sache mußte aber aus finanziellen Erwägungen zurückgestellt werden.

Der Herr Abgeordnete Müller hat dann noch als eine der wirksamsten Maßnahmen zur Hebung des Tabakbaues und speziell des Qualitätsbaues die Einführung von Tabakprämierungen empfohlen, ein Wunsch, dem sich später auch der Herr Abgeordnete Neck angeschlossen hat. Die Großh. Regierung hat bereits in der Landwirtschaftskammer die Zusage gegeben, daß sie bereit sei, für derartige Zwecke Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern ihr ein Erfolg versprechendes Prämierungsverfahren namhaft gemacht werden kann. Die Sache ist also einstweilen noch in dem Stadium der Vorprüfung.

Die Bedeutung der Ziegenzucht, auf die der Herr Abg. Müller ebenfalls zu sprechen gekommen ist, würdigt die Großh. Regierung fortgesetzt durch fördernde Maßnahmen, und sie steht auch den Gefuchen der Vereine um Beiträge wohlwollend gegenüber. Es wird auch nichts im Wege stehen, einzelnen Vereinen höhere Beiträge zu geben als seither, soweit der Stand der Mittel dies zuläßt.

Der Herr Abg. Neck hat eine nachhaltige Förderung des Feldgemüsebaues gewünscht, der nach seiner Meinung sehr lohnend gestaltet werden könnte. Ich möchte erwähnen, daß in den Obst-, Haushaltungs- und Gartenbaukursen in Augustenberg jeweils auf die Notwendigkeit der Pflege des Feldgemüsebaues aufmerksam gemacht wird. Die Großh. Regierung hat auch nichts dagegen zu erinnern, daß die Landwirtschaftslehrer sich der Sache annehmen, soweit sie über diesen speziellen Gegenstand orientiert sind, und es ist dies auch in den Kreisen Karlsruhe und Offenburg schon in umfassendem Maße geschehen. In der Hauptsache wird es aber Sache der Gartenbauvereine sein, diesen Zweig der Landwirtschaft zu pflegen; sie haben ja auch, soviel ich weiß, dies in ihre Satzungen aufgenommen. Die Gründung von besonderen Feldgemüsebauvereinen möchte ich eigentlich nicht empfehlen. Wir haben schon so viele Vereine, daß man sich bei der Gründung neuer Arten von Vereinen doch sehr besinnen sollte, ob wirklich ein zwingender Grund dafür vorliegt.

Der Herr Abg. Schüler hat dann gestern eine ortspolizeiliche Vorschrift der Stadt Freiburg zur Sprache gebracht, welche den Mindestfettgehalt der Milch auf 3 Proz. festgesetzt hat, und er hat vorgebracht, daß sich erhebliche Unzutraglichkeiten daraus ergeben hätten, daß jede Milch beanstandet werde, die einen geringeren Fettgehalt habe. Es handelt sich hier um eine auf Grund einer Verordnung vom 1. Mai 1902 erlassene ortspolizeiliche Vorschrift. Diese Verordnung hat von der Festsetzung eines Mindestfettgehaltes abgesehen, und zwar gerade aus den vom Herrn Abg. Schüler angegebenen Gründen. Sie hat sich darauf beschränkt, das Wässern und das Entrahmen der Milch zu verbieten, und im übrigen den weiteren Vollzug der orts- oder bezirkspolizeilichen Vorschrift überlassen. Hier- von hat Freiburg Gebrauch gemacht. Wenn nun wirklich sehr erhebliche Unzutraglichkeiten durch diese ortspolizeiliche Vorschrift sich ergeben haben, so müßte man sich eben an diejenigen Stellen wenden, welche diese ortspolizeiliche Vorschrift erlassen haben, und das ist das Bezirksamt und die Gemeindebehörde.

Der Herr Abg. Schüler hat dann die Frage der Einrichtung eines landwirtschaftlichen Fachunterrichts für Soldaten zur Sprache gebracht und bemerkt, daß mit diesem Unterricht in Hessen und Bayern günstige Erfahrungen gemacht worden seien. Die Sache ist aber noch sehr neu. Man wird noch weitere Erfahrungen abzuwarten haben. Im übrigen verhalten

wir uns gegen diese Anregung durchaus nicht ablehnend und würden gegebenenfalls mit der Militärbehörde ins Benehmen treten.

Endlich hat der Herr Abg. Schüler noch auf einen Mißstand bei der mit staatlichen Hengsten besetzten Hengststation Kürzell im Bezirke Lahr hingewiesen, wo im vorigen Jahre die Hengste schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt zurückgenommen worden seien. Der Großh. Regierung ist darüber nichts bekannt. Jedenfalls entspricht das Verfahren nicht der Uebung und, ich könnte mir die Sache nur so erklären, daß etwa ein Tier krank geworden ist. Eine dauernde Anordnung liegt jedenfalls nicht vor. Es wird aber das Nähere festgestellt werden.

Abg. Pfefferte (natl.): Ein Rückblick auf die Verhandlungen dieses Hohen Hauses über das Landwirtschaftsbudget anfangs der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts und ein Vergleich derselben mit den heutigen Verhandlungen geben ein wesentlich verschiedenes Bild und können den Freund der Landwirtschaft nur mit Genugtuung und Freude erfüllen. Damals gehörte es zu den unerlässlichen Bedingungen für den Vertreter eines ländlichen Bezirkes, daß er eine Lanze einlegte für die notleidende Landwirtschaft. Und es waren insbesondere die Einführung und Durchführung des Branntweinsteuergesetzes und die damaligen Zollverhältnisse, welche die Hauptbeschwerden der Landwirtschaft dargestellt haben.

Heute sind die Verhältnisse doch ganz anders. Wir dürfen wohl sagen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Landwirtschaft sich wesentlich gehoben haben, was ja auch aus den Reden der Herren Vorredner deutlich zutage getreten ist. Dazu hat neben der reichsgesetzlichen Regelung der Zollverhältnisse, die ja wesentlich zu dem wirtschaftlichen Aufschwung der Landwirtschaft beigetragen hat, insbesondere die intensive Ausnützung des Grund und Bodens und die außerordentliche Zunahme der Verwendung künstlichen Düngers mitgewirkt, was sehr zu begrüßen ist. Dann aber ist auch sehr zu begrüßen, daß die Landwirtschaft sich immer mehr zu der Ueberzeugung durchringt, daß sie sich in ihrem Betrieb an die bestehenden Verhältnisse anschmiegen muß, daß die Landwirte insbesondere jenen Zweigen der Landwirtschaft ihr Augenmerk zuwenden müssen, die für den jetzigen Moment als unlukrativ erscheinen. Die Ausnützung der von der Großh. Regierung in dankenswerter Weise gebotenen vielfachen Unterstützungsmittel und insbesondere die Belehrung, die durch die Institute der Großh. Regierung und deren Organe hinausgegeben wird, haben namentlich dazu beigetragen, die Landwirtschaft zu fördern. Das möchte ich hier besonders festgestellt wissen. Und wenn auch noch viele Wünsche nach Erstellung von Lokalbahnen vorhanden sind, so darf man doch sagen, daß die auf diesem Gebiete bis jetzt geschaffenen Verhältnisse schon wesentlich dazu beigetragen haben, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Landwirtschaft bedeutend gehoben haben, und ich will hoffen, daß auf diesem Gebiete wie bisher weiter gefahren wird.

Wenn so im großen und allgemeinen gesagt werden darf, daß die Landwirtschaft einen erfreulichen Aufschwung genommen hat, haben wir doch aus den Ausführungen der verschiedenen Herren Redner gehört, daß manche Zweige der Landwirtschaft noch Not leiden. Zu den notleidenden Zweigen der Landwirtschaft gehört vor allem der Weinbau. Der Weinbau ist eben für viele Landesteile wegen seines finanziellen Ertrages von großer Tragweite. Zu diesen Bezirken gehört insbesondere auch der Kaiserstuhl und der Breisgau, den ich zu vertreten die Ehre habe. Sie werden es daher wohl begreifen, daß ich zu

dieser Frage Stellung nehme und etwas ausführlicher werde, auch wenn ich dabei Gefahr laufen sollte, dadurch eventuell die Mißbilligung des Herrn Präsidenten zu erfahren. Es ist bereits erwähnt worden, im Hinblick darauf, daß die Landwirtschaftskammer bereits getagt habe, könnten wir uns in diesem Hause etwas kürzer fassen. Man darf aber doch nicht übersehen, daß nicht alle Herren dieses Hauses zugleich auch Mitglieder der Landwirtschaftskammer sind, und andererseits darf man von uns in unseren Bezirken wohl erwarten, daß, wenn eine so bedeutungsvolle Frage wie die Landwirtschaft verhandelt wird, wir Abgeordnete Stellung dazu nehmen. Denn hier ist der Platz, wo über die Mittel des Staates verfügt wird, und aus diesem Grunde wird es der Herr Präsident entschuldigen, wenn ich meine Ansicht zu diesen Fragen näher darlegen muß.

Es ist mit Recht von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden, daß gerade der Weinbau insofern ein schwieriger Beruf ist, als er nicht nur eine außerordentliche Tätigkeit des Landwirtes wegen der Rebskrankheiten und wegen der Ungunst der Witterungsverhältnisse erfordert, sondern weil auch durch vielerlei Rebschädlinge, die in den letzten Jahrzehnten aufgetreten sind, dem Weinbau außerordentlich schwierige Verhältnisse bereitet werden. Vor allem ist es der Heu- und Sauerwurm gewesen, der in den letzten Jahren außerordentlichen Schaden angerichtet hat, und es ist eine dankenswerte Aufgabe für die Herren Sachverständigen der Großh. Regierung, alles anzubieten, um nach der Richtung hin eine nachhaltige Bekämpfung durchzuführen. Ob das geschehen kann und wird, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber ich will hoffen, daß doch endlich ein Weg gefunden wird, auch diesen großen Schädlingen entgegenzutreten. Gerade diese Verhältnisse im Weinbau waren es, die die letzten zwei Weinjahre für die Rebleute so mißlich gestaltet haben, besonders im Oberland. Gerade die letzten Jahrgänge waren es, wo ein schöner Traubenansatz vorhanden war, wo die Hoffnung auf eine schöne Weinlese sehr berechtigt war; aber immer kam vor der Lese der Sauerwurm und hat diese Hoffnungen zerstört. Wenn dann durch einen verhältnismäßig günstigen Absatz und durch einen verhältnismäßig hohen Preis des Weines den Weinbauern eine kleine Entschädigung für ihre vielen Mühen und Auslagen noch gewährt worden ist, so war das natürlich nur zu begrüßen.

Was nun zunächst die Bekämpfung der Rebschädlinge anbelangt, so stehe auch ich durchaus auf dem Standpunkt des Herrn Berichtstatters und möchte auch meinerseits darauf hinweisen, daß die Rebleute sich hüten sollen, alle neu auftretenden Mittel zur Bekämpfung der Rebschädlinge ohne weiteres sofort anzuwenden; das kann unter Umständen großen Schaden für die Landwirte im Gefolge haben. Ich denke dabei an manche der in letzter Zeit auftretenden Mittel, darunter auch an das Reslorit, das voriges Jahr sich überall Bahn brechen wollte, ohne daß es als besonders erfolgreich anzuerkennen ist. In dieser Hinsicht ist doch bei uns die Großh. Versuchsanstalt in Augustenberg und sind überhaupt die Versuchsanstalten der verschiedenen Bundesstaaten dazu berufen, erst dieses Mittel zu erproben, und die Landwirte sollten, um sich vor großem Schaden zu bewahren, nur solche Mittel verwenden, die von diesen Anstalten erprobt und als zweckmäßig anerkannt worden sind.

Der Herr Abg. Frhr. v. Gleichenstein hat die Notwendigkeit einer Reorganisation unseres Rebgebietes erwähnt. Es ist ja nun durchaus wünschenswert, daß eine solche eintrete. Aber schon der Herr Regierungskommissar hat darauf hingewiesen, daß der Weg, den Herr v. Gleichenstein einschlagen möchte, nämlich es möchten Sämmlingschulen für Rebbauern eingerichtet

werden, kaum als ein praktischer zu bezeichnen sein würde. Es ist mir natürlich auch bekannt, daß anderwärts Versuche in dieser Richtung gemacht werden; aber es ist doch immerhin fraglich, ob auf diesem Wege etwas erzielt werden kann. Einmal braucht man eine lange Zeit, um überhaupt Rebsklinge zu bekommen; dann ist sehr die Frage zu erwägen, ob auf diesem Wege überhaupt Qualitätsweine gezogen, ob man überhaupt aus Samen gute Rebsorten erhalten kann. Ich glaube, daß auf diesem Wege nicht viel zu erreichen sein wird. Der andere Weg der zeitweisen Erneuerung des Rebgebietes — den wir schon früher anempfohlen haben — scheint mir der bessere zu sein. Schon in den neunziger Jahren haben wir in diesem Sinne hier plaidiert und seinerzeit darauf hingewirkt, daß die Großh. Regierung ein Gesetz vorlegt, wonach Rebgebiete, die als solche katastriert sind und in denen der Rebsatz vollständig erneuert wird, fünf Jahre lang Befreiung von der Staatssteuer genießen. Das war allerdings nur eine kleine Unterstützung, und ich muß auch sagen, große Erfolge habe ich bis jetzt nicht gesehen; es haben sich im allgemeinen bis jetzt nicht viele Landwirte veranlaßt gesehen, diesen Weg zu beschreiten. Man muß eben bedenken, daß bei uns die Art und Weise der Erneuerung der Reben durch Vergerbung einer alten Eratition entspricht, und das ist sehr schwer hält, die Winger in dieser Beziehung auf andere Wege zu bringen. Wir wissen allerdings, daß in anderen Gegenden Deutschlands alle 25 bis 30 Jahre der Rebsatz vollständig erneuert und daß dadurch gute Erträge erzielt werden; es ist ja auch sehr einleuchtend, daß ein neuer Satz ertragsfähiger und widerstandsfähiger ist, und deshalb wäre es gewiß wünschenswert, daß das auch bei uns Übung würde. Aber weiter darf doch auch nicht übersehen werden, daß das mit großen Kosten verbunden ist. Es ist eben für manche Rebbauer schwierig, vier, fünf Jahre zu warten, bis er wieder gute Erträge hat. Deshalb sollte die Großh. Regierung hier noch mit einem anderen Mittel außer der Steuerbefreiung einsehen und in ähnlicher Weise, wie man für Wald- und Weidenkulturen Prämien aussetzt und Staatsunterstützung an Gemeinden gibt, so auch hier vorgehen und Prämien für Reberneuerungen aussetzen. Ich bin überzeugt, daß dann sich mancher Rebbauer entschließen wird, eine vollständige Umwandlung seiner Reben durchzuführen. Und wenn in der einen oder anderen Gemeinde einmal einer es mit Erfolg getan hat, dann wird auch bald anderer sich veranlaßt sehen, das Gleiche zu tun. So könnte also die Großh. Regierung mit diesem Mittel sehr segensreich wirken.

Der Oberbadische Weinbauverein hat jüngst in meiner Vaterstadt seine Jahresversammlung abgehalten und dabei den Beschluß gefaßt, für dieses Jahr an Stelle von Wein solche Rebanlagen zu prämiieren. Er hat also die gleiche Richtung schon eingeschlagen; ich möchte das besonders betonen.

Was nun den Absatz der Qualitätsweine anbelangt, so muß ich sagen, daß, wenn im großen und ganzen bei uns noch ein verhältnismäßig guter Absatz vorhanden war, dies mehr für die einfacheren Tischweine gilt, die allerdings in unserem Lande die große Mehrzahl bilden, und daß am Kaiserstuhl viel Wein verkauft worden ist. Die Qualitätsweine aber finden dagegen nur schwer Absatz, ich habe es selbst schon verspürt. Wenn der Herr Abg. Freiherr von Gleichenstein aber gesagt hat, daß nur die Weinschmiederei daran schuld sei, so möchte ich dem in dieser Allgemeinheit widersprechen, da in solchem Umfange in unserem Lande die Weinschmiederei nicht vorhanden ist. Dazu wirken nach meinem Dafürhalten auch andere Ver-

hältnisse mit. Es liegt gerade auch für den ungünstigen Absatz der Qualitätsweine ein Hauptgrund darin, daß es in vornehmeren Kreisen modern geworden ist, dem Antialkoholismus zu huldigen (Feierkeit). Alsdann erzeugen auch die Bierbrauereien jetzt ein viel besseres, feineres Getränk als wie früher, was auch den Weinkonsum vermindert. Endlich möchte ich glauben, daß manchmal auch die hohen Weinpreise, die gefordert werden, mit schuld an dem ungünstigen Absatz des Qualitätsweines sind; wenn die Weinpreise nicht im Verhältnis zur Nachfrage stehen, dann kann es leicht vorkommen, daß Weine, die zu hochpreisig gehalten werden, eben nicht gesucht werden und liegen bleiben. Es ist zuzugeben, daß der Qualitätsweinbau schwerer tut, da er mit kleinen Traubenerträgen rechnen muß; die Edeltraube bringt weniger Trauben hervor, die Produktionskosten sind im allgemeinen wesentlich erhöht. Es wäre daher eine Förderung und eine Unterstützung gerade diesem Teile des Weinbaues gewiß zu gönnen.

Was das derzeitige Weingesetz anbelangt, so muß doch auch anerkannt werden, daß dasselbe doch nicht ganz so schlecht ist, als man es von manchen Seiten hinstellen möchte, namentlich insofern, als es einen Hauptfeind unseres Weinbaues, nämlich die gewerbsmäßige Herstellung von Kunstwein, insbesondere von Felsen- und Tresterwein, beseitigt hat. Andererseits muß man aber sagen, daß dieses Gesetz allerdings den Erwartungen nicht entsprochen hat, die die Landwirtschaft und speziell der Weinbau darauf gesetzt haben. Ich habe mir schon auf dem letzten Landtag erlaubt, hier die Mängel dieses Gesetzes darzulegen und die Wünsche, die in den Kreisen der Weinproduzenten vorhanden sind, vorzutragen. Diese Wünsche gehen insbesondere dahin, daß erstens einmal eine räumliche und zeitliche Beschränkung der Verzuckerung eintreten solle, daß dann ferner auch eine Einschränkung des Verschchnittes von Wein zu Wein eintreten solle, daß eine gleichmäßige Kellerkontrolle im ganzen Reiche, insbesondere auch, wie wir das zu meiner Freude von der Groß-Regierung gehört haben, in den Teilen des Reiches, wo kein Weinbau getrieben wird, stattfinden solle (ich habe schon das letzte Mal auf die Seehäfen hingewiesen, wo viel mehr Wein wachsen soll als in den übrigen Teilen von Deutschland) und daß auch die Strafbestimmungen geändert werden sollen. Das jetzige Weingesetz hat entweder Geldstrafe oder Freiheitsstrafe vorgesehen. Nach unserem Dafürhalten sollte aber dahingewirkt werden, daß unter Umständen auch beide Strafen ausgesprochen werden können, weil gegenüber manchem Gesetzesübertreter, der sich vorher durch die Gesetzesübertretung große Einnahmen verschafft hat, eine Geldstrafe durchaus nicht demjenigen entspricht, was eigentlich an Strafe notwendig wäre. Zwischen hat das Weinparlament getagt, und wir stehen vor der Tatsache, daß demnächst ein neues Weingesetzentwurf den Reichstag beschäftigen wird. Ich will hoffen und wünschen, daß die Beschwerden des Weinbaues durch diesen Entwurf völlig abgestellt werden können.

Neben den Punkten, die ich schon erwähnt habe, wäre vor allem auch noch die Einrichtung einer Buchs- kontrolle notwendig; diese würde wesentlich die Durchführung einer Kellerkontrolle erleichtern. Natürlich ist auch der Deklarationszwang für den Verschchnitt mit Rotwein notwendig. Was dagegen die Grenz- zahlen anlangt, so möchte ich glauben, daß in dieser Beziehung eine Revision stattfinden sollte. Wie man aus dem Berichte der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg ersehen kann, sind im Jahre 1905 einige Weine als Naturweine unter der gesetzlichen Grenzzahl- bestimmung gestanden; sie haben weniger Extraktivstoffe gehabt, als von den Naturweinen gefordert wird.

Nun haben sich, wie wir ja gehört haben, in letzter Zeit in unserem Lande neue Weinbauvereine gebildet; sie haben sich den bezeichnenden Namen „Naturweinbauvereine“ beigelegt, und Herr v. Gleichenstein hat uns auch die Hauptzwecke dargelegt, die diese Vereine verfolgen. Es sind deren zwei. Einerseits machen sich die Mitglieder dieser Vereine verbindlich, nur Naturweine abzugeben, zu verschleifen. Andererseits aber soll die Gesetzgebung dahin beeinflusst werden, daß als Wein nur der reine Naturwein verkauft werden darf, daß bei jeder, auch der geringsten Fäulnis des Weines ein unzweideutiger Deklarationszwang eintreten müsse. Das sind die beiden Forderungen, die hier empfohlen werden.

Was den ersten Zweck anbelangt, die Abgabe von nur Naturweinen durch die Landwirte, so bin ich damit durchaus einverstanden. Diese Anschauung habe ich von jeher vertreten. Ich habe mich schon sehr oft in öffentlichen Versammlungen dahin ausgesprochen, daß es wünschenswert sei, daß die Rebbauproduzenten überhaupt aller Verbesserung des Weines enthalten, daß sie nur reine Naturweine verkaufen; sie sollen die Verbesserung der Weine dem Zwischenhandel überlassen, der für die richtige Durchführung dieser Maßnahme viel besser in der Lage ist, als der Weinbauer selber. Sie sollen dies insbesondere auch deshalb unterlassen, um die Landschaft selbst eben vor dem Ruf zu bewahren, als ob sie nicht ein reelles Bezugsgebiet für Wein wäre. Steht man aber auf diesem Boden, so kann ich es durchaus nicht begreifen, warum diese Naturweinbauvereine nunmehr die Tendenz verfolgen, nur einzelne Reborte in ihr Gebiet einzuschließen und andere auszuschließen. Wenn man den Zweck verfolgen will, den Ruf einer Landschaft nach der Richtung hin zu wahren, so sollte doch das Bestreben der Vereine dahin gehen, alle Rebgemeinden einer Landschaft in sich aufzunehmen und hier möglichst solidarisch vorzugehen.

Was nun den zweiten Zweck anbelangt, den diese Vereine verfolgen, den unbedingten Deklarationszwang, so kann ich mich mit demselben durchaus nicht einverstanden erklären; denn das bedeutet doch garnichts anderes als die Absicht, ein Weingesetz zu erlangen, das sich auf den puristischen Standpunkt stellt, jede, auch die zweckmäßige, rationelle Verbesserung der Weine vollständig ausschließt und die verbesserten Weine mit einem Makel behaftet. Wenn jeder Wein, der nur irgendwie verbessert ist, nur dann ausgeschenkt werden darf, wenn er mit einer entsprechenden Bezeichnung versehen ist, so bedeutet das nach meinem Dafürhalten eine erhebliche Schädigung auch des badischen Weinbaues. Denn wenn man bedenkt, daß der größte Teil unserer Weine doch Tischweine sind und die Qualitätsweine nur einen kleineren Raum einnehmen, so ist es durchaus nicht von Vorteil, wenn man dahin streben würde, auch die rationelle Verzuckerung zu verbieten. Ich habe nicht die Absicht, der Weinschmiererei das Wort zu reden; ich möchte das besonders betont wissen. Ich stehe ganz auf dem Boden der Herren in diesen Naturweinbauvereinen, daß man die Weinschmiererei unter allen Umständen durchaus unterdrücken solle. Aber wir haben die von ihnen angestrebten Verhältnisse in den 80er Jahren schon einmal gehabt. Dort ist man sowohl in der Kammer als auch seitens der Groß-Regierung auf diesem puristischen Standpunkt gestanden. Es haben damals viele Rebgegenden, besonders wenn es sich um geringere Jahrgänge handelte, dadurch Not gelitten, daß ihre Weine nur sehr schwer verkäuflich geworden sind. Das war eine große Schädigung, und erst, als das Reichsweingesetz kam und die rationelle Verzuckerung statthaft wurde, haben sich die Verhältnisse in unserem Lande nach dieser

Richtung gebessert. Deshalb sage ich: Tun wir alles, um das neue Weingefetz so zu gestalten, daß es dem Weinbau und dem rationellen Weinhandel gerecht wird! Hüten wir uns aber, Maßregeln zu schaffen, die zwar unter Umständen einem kleinen Teil des Weinbaues zum Nutzen gereichen können, aber im großen ganzen den Weinbauern ein Minderertragnis einbringen müßten. Das ist meine Meinung zu dieser Sache.

Daß die Naturweinbauvereine eine gewisse Klassifizierung der Gemeinden des Landes bezwecken, hat immerhin seine Richtigkeit, da dadurch unter Umständen ein Weinort ausgeschlossen wird, der ganz ähnliche Verhältnisse wie die übrigen Weinorte hat. Es ist auch klar, daß die Solidarität des Weinbaues darunter leidet und daß die Gesamtheit des Weinbaues dadurch keine Förderung erfährt. Dieses ist allerdings aus den Ausführungen der betr. beiden Herren Vorredner nicht so klar hervorgegangen. Aber aus einem Bericht über eine Versammlung, die im letzten September in Zechtingen stattgefunden hat, in welcher von Seiten des Naturweinbauvereins für den südwestlichen Kaiserstuhl ein Ortsverein nachträglich angegliedert wurde, geht es deutlich hervor. Der Bericht ist abgedruckt in den „Breisgauer Nachrichten“, Nr. 218 vom 18. September 1907. Darin heißt es, daß der Naturweinbauverein in erster Reihe nur die Orte des diesseitigen Kaiserstuhls umfassen sollte, welche auch in geringen Jahrgängen noch einen Wein liefern, der als pures Naturgewächs ohne Zuckering oder andere Beeinflussung und Kunst mündgerecht und deshalb als Naturwein verkäuflich sei. Nach meiner Kenntnis der Verhältnisse am Kaiserstuhl ist die Sachlage insofern etwas anders, als es tatsächlich fast in jeder Gemeinde gute Reblagen gibt, wo keine Weine wachsen. Allerdings sind in den Gemeinden des südwestlichen Kaiserstuhls mehr gute Rebanlagen als in den übrigen Gemeinden, daß muß ich ohne weiteres zugeben. Aber auch in jenen Gegenden gibt es Reblagen, die auch und besonders in geringen Jahrgängen einen geringeren Wein hervorbringen, und diese werden schon dadurch bevorzugt, daß die Meinung vorhanden ist, die Weine dieser Gemeinden seien durchweg besser als die aus anderen Gemeinden. Man sollte also von Seiten dieser Vereine eine solche Klassifizierung nicht eintreten lassen. So viel zur Klärstellung!

Ehe ich den Weinbau verlasse, möchte ich auch meinerseits noch der Tätigkeit der Großh. Versuchsanstalt auf Augustenberg meine Anerkennung aussprechen, und ich möchte nochmals die Rebbauern darauf hinweisen, daß sie für den Fall, daß sie kranke Weine bekommen, nicht vorher viele Versuche machen, sondern kurzerhand eine Probe an die Versuchsanstalt einsenden. Sie werden dann belehrt werden, und die Weine werden auf diese Weise in Ordnung kommen. Das wird ihnen von großem Vorteil sein.

Auf die Reblausgefahr habe ich bereits im letzten Landtag hingewiesen. Ich will mich daher heute ganz kurz fassen. Ich will nur sagen: Es ist erfreulich, daß bei uns in Baden dieser gefährliche Feind der Rebe, die Reblaus, nicht gefunden worden ist, und ich weiß, daß es wohl hauptsächlich auch daher kommt, daß die Großh. Regierung bestrebt ist, die nötigen Schutzmaßnahmen durchzuführen und durch Sachverständige alle Jahre einen großen Teil unseres Rebgeländes abzusuchen zu lassen. Gefahr droht uns aber stets aus dem Elsaß. Ich habe das letzte Mal schon darauf hingewiesen, daß im Elsaß sehr viel verseuchtes Rebgelände vorhanden ist. Die Großh. Regierung wolle ihr Augenmerk darauf richten.

Wenn ich von dem Weingelände meiner Heimat spreche, ist es wohl begreiflich, wenn ich auch gleichzeitig auf die

schönen Wallnußbaumanlagen am Kaiserstuhl zu sprechen komme, von denen der Herr von Gleichenstein gemeint hat, daß man dieselben im Interesse der Landwirtschaft beseitigen solle. Ich habe mich einigermaßen gewundert, daß der verehrte Herr Kollege hier diesen Ausdruck getan hat, und dies umsomehr, weil ich ihn seither als einen großen Naturfreund schätzen gelernt und mit ihm zusammen schon auf diesem Gebiete mancherlei Erfrißliches geleistet habe. Allein der Vorschlag, den er hier unterbreitet hat, gleicht denn doch, ich möchte beinahe sagen, einem Vanadalismus; wie kann man diese schönen Nußbaumanlagen am Kaiserstuhl, die eine Zierde dieser gesegneten Landschaft sind, diese schattigen, schönen Bäume, die jeden Naturfreund, der zum Kaiserstuhl kommt, ergötzen, beseitigen wollen! Das kann ich nicht begreifen! Ich habe schon lange mit Bedauern sehen müssen, wie diese schönen Nußbaumbestände auch dem Feinde Mammmon weichen müßten. Sie wissen ja, das Nußbaumholz ist außerordentlich gesucht; es ist insbesondere für die Gewehrindustrie außerordentlich notwendig, und die Händler laufen den Leuten zeitweise die Häuser ab, um die Nußbäume zu bekommen. Ich glaube also, es wäre mehr notwendig, auf das Gegenteil hinzuwirken. Wenn Herr v. Gleichenstein gemeint hat, die Wasser- und Straßenbauinspektionen seien zu beauftragen, auf die Niederlegung der Wallnußbäume längs den Straßen hinzuwirken, so möchte ich der Großh. Regierung ans Herz legen, daß sie das nicht tut, sondern daß sie die Inspektionen beauftragt, auf die Erhaltung und Verbesserung dieser Bestände hinzuwirken (Beifall bei den Liberalen).

Auch vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus ist das gerechtfertigt. Ich weiß ja auch, daß der Nußbaum den Boden viel mehr und viel weiter ausmergelt als andere Bäume; aber bei einer Allee gleicht sich das insofern etwas aus, als die Grundbesitzer dabei gegenständig betroffen werden. Auch vom nützlichen Standpunkt aus ist die Erhaltung des Nußbaumes wünschenswert. Der Nußbaum trägt doch seine Nüsse, und wenn sie auch ab und zu erfrieren, kann man doch annehmen, daß der Baum alle zwei Jahre wenigstens seine Nüsse bringt. Wenn man weiß, daß die Nüsse sehr teuer sind, und welche Rolle das Nußöl auch in der Haushaltung des Bauern spielt, darf man wohl sagen, daß das ein Äquivalent für den Schaden ist, der der Landwirtschaft in anderer Weise durch diese Bäume erwächst. Wenn der Landwirtschaft am Kaiserstuhl nur damit geholfen werden könnte, daß man die Nußbäume beseitigt, dann wäre es gefehlt. Ich möchte daher die Großh. Regierung bitten, auf die Anregung des Herrn v. Gleichenstein nicht einzugehen.

Was den Obstbau anlangt, habe ich mit Freuden von der Großh. Regierung gehört, daß sie diesem Gebiete der Landwirtschaft immer mehr Förderung gewähren will. Auf eines möchte ich zurückkommen, daß dem Obstbau insbesondere damit genützt wird, wenn recht viele Verwertungsgenossenschaften gebildet werden. Denn gerade in guten Obstjahren, wenn viel Obst vorhanden ist, wird außerordentlich viel Obst dadurch vergeudet, daß es nicht rechtzeitig abgesetzt wird. Wenn Absatzgenossenschaften vorhanden wären, könnte dem vorgebeugt werden.

Was die Bienenzucht anbelangt, kann ich mich den Ausführungen des Herrn v. Gleichenstein anschließen. Ich bin auch der Meinung, daß alles getan werden soll, um die Bienenzucht zu fördern. Ich habe auf dem letzten Landtag für diesen Nebenzweig der Landwirtschaft eine Lanze gebrochen. Daß die Faulbrutkrankheit endgültig nur bekämpft werden kann, wenn gefest-

liche Maßregeln durch ein Landesgesetz oder Reichsgesetz erlassen werden, gebe ich zu. Es wäre aber gut, wenn auch vorher schon eine intensive Bekämpfung der Faulbrut stattfinden würde. Nun weiß ich, daß der badische Bienenzuchtverein dieses Bestreben hat. Es ist, soviel ich weiß, der Wunsch vorhanden, daß ein Zuchtinspektor angestellt werden möchte zur Förderung der Bienenzucht, und der insbesondere dafür eintritt, daß die Faulbrut energisch bekämpft wird. Ich glaube, man sollte ein solches Bestreben des Vereins nur unterstützen, und die Großh. Regierung sollte Mittel dafür zur Verfügung stellen.

Was den Bienenstand auf der Hochburg betrifft, den auch Herr Kollege Müller erwähnt hat, so habe ich mit Vergnügen von der Großh. Regierung gehört, daß den bestehenden Mißständen abgeholfen werden soll. Ich habe schon auf dem letzten Landtag erwähnt, daß der Zustand so ist, daß auf der Hochburg die Kurse jetzt kaum abgehalten werden können. Herr Oberlehrer Klitzling in Theningen, der Leiter dieser Kurse, nimmt die Zöglinge teilweise hinunter nach Kollmarsreuth, wo der Bienenzuchtverein Emmendingen einen schönen Bienenstand hat.

Die Einführung von Molkereikursen auf der Hochburg ist auch sehr zu begrüßen.

Was die Errichtung einer Saat- und Zuchtanstalt betrifft, so glaube ich auch, daß das eine wesentliche Förderung des Getreidebaues sein wird. Wenn man beobachtet hat, daß infolge der Darbietung von gutem Saatgut durch den landwirtschaftlichen Verein und den Konsumvereinsverband die Ernten wesentlich besser wurden als in den 80er Jahren, so kann man zum voraus sagen, daß der Landwirtschaft durch die Errichtung der Saat- und Zuchtanstalt eine wesentliche Förderung zuteil werden wird. Ich möchte es also begrüßen, daß diese Position eingestell ist.

Für die Errichtung einer staatlichen Anstalt für Geflügelzucht haben wir diesmal keine Anforderung im Budget. Hierher war aber schon im letzten Budget eine Position von 10 000 M. vorgesehen und zwar mit der ausdrücklichen Bezeichnung „auf der Hochburg“. Aus dem Bericht habe ich nunmehr ersehen, daß die Großh. Regierung die Ausführung dieser Anstalt unterlassen hat, weil sie zu der Meinung gekommen ist, daß die Mittel, die wir letztes Mal dafür bewilligt haben, nicht genügen. Es wird mitgeteilt, daß die Vertreter der Großh. Regierung in anderen Bundesstaaten sich solche Anlagen angesehen hätten und zu der Ansicht gekommen seien, daß ein Areal von mindestens zehn Morgen notwendig sei, das eben auf der Hochburg nicht zur Verfügung stünde. Die Budgetkommission hat schon ihre Bedenken ausgesprochen, ob wirklich ein so großes Areal von 10 Morgen notwendig ist. Sodann kann man aus dem Bericht weiter entnehmen, daß die Großh. Regierung Zweifel hat, ob die Hochburg der richtige Platz für diese Anstalt sei, wegen des bergigen Terrains, das eine Teichanlage für das Wassergeflügel erschwere, und ferner wegen der Entfernung der Hochburg von der Eisenbahn. Da möchte ich einen Vermittlungsvorschlag machen: Errichten Sie die Anstalt statt auf der Hochburg selber zwischen der Hochburg und Emmendingen, etwa auf Gemarkung Windenreuth oder Emmendingen. Dort können Sie geeignetes Gelände im genügenden Umfang bekommen. Dann käme diese Anstalt näher an die Bahn, und den Besuchern der Geflügelzuchtanstalt wäre immer noch die Möglichkeit geboten, gleichzeitig auch die Ackerbauschule Hochburg zu besuchen. Wenn Sie die Anstalt etwa nach Durlach legen, so ist sie ja auch nur in der Nähe von Augustenberg. Wenn Sie wollten, welche Befriedigung in der

ländlichen Bevölkerung hervorgerufen wurde, als sie hörte, daß diese Geflügelzuchtanstalt in das Oberland komme, könnten Sie sich auch denken, welche Enttäuschung jetzt platzgreifen müßte, wenn sie hört, daß die Anstalt nun doch ins Unterland gelegt werden soll. Die Großh. Regierung hätte nach meiner Meinung allen Anlaß, der Hochburg, welche sie trotz aller Vorbereitungen für einen Staatsbetrieb und trotz des Votums des Landwirtschaftsrates zu meinem lebhaften Bedauern auf dem letzten Landtag für fünfzehn lange Jahre in das enge Kleid der bisherigen Ackerbauschule hineingebracht hat, nunmehr alle jene Vorteile zu gewähren, die für die Landwirtschaft des Oberlandes von Bedeutung sind, damit sich nicht im Oberland die Meinung verbreite, daß es gegenüber dem Unterland zurückstehen muß. Ich habe aber die Hoffnung, daß die Großh. Regierung sich doch entschließen wird, meinen Vorschlag anzunehmen, und daß wir im nächsten Landtag hören werden, daß die Anlage da, wo sie zuerst geplant war, nämlich im Bezirk Emmendingen, erstellt wird.

Eines möchte ich noch zur Sprache bringen, die Wetterprognose. Ich möchte die Großh. Regierung bitten, in dieser Sache weiter vorzugehen. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit, die für die Bevölkerung wertvoll ist, wenn sie auch jetzt noch unvollkommen ist; nach meiner Meinung sollten diese Wetternachrichten auch im neuen Jahre wieder eingerichtet werden.

Gegen die Landeskreditkasse habe ich mich schon in den neunziger Jahren in diesem hohen Hause ausgesprochen. Ich bin der Meinung, daß unsere Sparkassen und Kreditkassen aller Art das Kreditbedürfnis der Landwirtschaft genügend befriedigen, und ich könnte es nicht befürworten, daß der Bauernstand von der Staatskasse finanziell abhängig würde; er soll nach der Richtung frei und unabhängig bleiben. Ich möchte also nicht hoffen, daß eine Landeskreditkasse errichtet wird.

Eine Frage möchte ich jetzt noch erwähnen und zwar die Frage des Wildschadens und die Abänderung des Jagdgesetzes zu Gunsten der Gemeinden. Ich habe schon oft über diesen Gegenstand gesprochen, und im letzten Landtag ist dann bekanntlich auch ein bezüglicher Antrag eingegangen, für den (ich war früher der einzige, der dafür eintrat) 20 Herren gestimmt haben. Die Verhältnisse haben sich inzwischen nicht gebessert, wir stehen noch genau auf demselben Standpunkt wie früher, und ich würde mich freuen, wenn endlich eine Aktion nach der Richtung unternommen würde (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Morgenthaler (Zentr.): In erster Reihe einige Worte bezüglich des Antrages Neuwirth und des Antrages Bauschbach u. Gen. Es hat sehr angenehm berührt, daß die Großh. Regierung erklärt hat, ihr möglichstes beitragen zu wollen, um eine Beschleunigung der Abschätzung der Flurschäden herbeizuführen. Dadurch, daß der Flurschaden zu spät abgeschätzt wird, ist der Landwirt in seinen Feldarbeiten gehemmt, nicht allein in der Aberntung, sondern auch in der Bestellung der Felder. Die Hauptursache der Verzögerung liegt wohl darin, daß zu wenig Kommissionen bestehen. Ich bin selbst auch schon bei der Flurabschätzung beteiligt gewesen, welche auch damals erst in der zweiten Hälfte des Oktobers vor sich ging. Den ersten Tag hat die ganze Kommission zusammen abgeschätzt, die späteren Tage wurde sie in zwei Abteilungen geteilt, um die Arbeit rascher zur Erledigung zu bringen. Jeder Abteilung ist ein Militärbeamter vorgestanden, der Herr Oberamtman und der Herr Bezirksrat haben sich mit den betr. Gemeindevertretern geteilt, und ist dann die Abschätzung sehr rasch vor sich gegangen. Ich halte dafür, daß anderwärts auch auf

diese Art die Abschätzungen zur Erleichterung für die Landwirtschaft beschleunigt werden können. Die Teilung der Kommission hat sich sehr gut bewährt, und Jedermann war zufrieden dabei.

Was das Servisgeld für Dienstpferde anbetrifft, so ist doch eine Entschädigung von 9 Pfennig pro Tag viel zu gering. Eine Entschädigung von 30 Pfennig, die vorgeschlagen ist, wäre gar nicht zu hoch, zumal der Landwirt gewohnt ist, den Soldaten und auch den Pferden nichts abgehen zu lassen. Wenn aber die Großh. Regierung glaubt, die Entschädigung nur auf 25 Pfennig bringen zu können, so wäre das immerhin besser als der bisherige Satz, der als ungenügend bezeichnet werden muß.

Der Antrag der Abgg. Vansbach und Gen., den Zichorienbau betr., ist zur Behandlung gelangt. Nach den Ausführungen, die hier gemacht wurden, ist es Tatsache, daß der Zichorienbau kaum mehr in Betracht kommt, daß er nun schwer gehalten werden kann. Aber ich glaube doch, man sollte, wenn es möglich wäre, ein solches Handelsgewächs zu halten suchen. Wenn ein Produkt abgeht, so wird ein anderes an seine Stelle treten, und dann liegt die Gefahr nahe, daß das andere Produkt in zu großem Umfang gebaut wird, so daß es sich selbst Konkurrenz macht und dadurch eine Ueberproduktion entsteht. Wir in unserer Gegend haben schon früher immer die Zichorie gebaut. Wir haben damals hauptsächlich nach Vahr geliefert. Die Zichorie ist allerdings ein Düngestresser auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite hat man beim Anbau der Zichorie wieder ein sauberes Feld, denn alles Unkraut wird durch den Zichorienbau entfernt, und das gereicht den Nachpflanzungen zum Vorteil. Besonders der Klee hat sich da, wo der Zichorienbau vorangegangen ist, außerordentlich entwickelt. Man hat sich in unserer Gegend jetzt auch vielfach auf den Meerrettigbau geworfen, und auch da ist mitunter schon die Erscheinung zu Tage getreten, daß zu viel gebaut worden ist, so daß man ihn kaum absetzen konnte. Man sollte also, wenn etwas geübt werden könnte, den Zichorienbau zu halten suchen.

Eine ähnliche Produktion wie der Zichorienbau ist der Hanfbau. Es ist schon im vorigen Landtag davon gesprochen worden, und ich erlaube mir, heute noch einmal darauf zurückzukommen, da in der gegenwärtigen Zeit mehr Neigung zum Anbau des Hanfes vorhanden ist. Der Hanf war früher ein Hauptprodukt bei uns, und er ist in der ganzen Rheinebene vom Kaiserstuhl bis gegen Rastatt gebaut worden. Es ist auch im letzten Landtag schon erwähnt worden, daß Archivat Vaber nachgewiesen hat, daß im Jahre 1836 allein in Rastatt für 1 Million Gulden Hanf gebaut worden ist. Daraus kann man sich ein Bild davon machen, wie der Hanfbau bei uns floriert hat. Er hat sich gehalten bis in die sechziger und siebziger Jahre, bis die Industrie, bis die Spinnereien in den Vordergrund getreten sind. Die Spinnereien haben sich große Mühe gegeben, zuerst den Bauern ihr Berg billig und schön gesponnen, nachher das Garn billig angeboten, schließlich auch die Leinwand zu billigem Preise verkauft, und dadurch ist das Spinnen, das in jeder Haushaltung früher üblich war, immer mehr und mehr zurückgegangen. Es ist das sehr zu bedauern, denn es ist dadurch der Wohlstand gemindert worden, es ist ein volkswirtschaftlicher Faktor in Wegfall gekommen, denn jede tüchtige Hausfrau eines Landwirts hat immer darauf gehalten, auch einen Vorrat an Leinen sich anzuschaffen, und zwar nicht allein für die Familie sondern auch für ihre Nachkommen. Jede rechte Bauentochter ist tüchtig mit Leinen, mit Weißzeug ausgestattet worden, ganze Kisten waren davon gefüllt. Das hausgemachte Leinen war geradezu unentbehrlich, es hat nicht nur eine sondern zwei bis drei Generationen ausgehalten, und da

hat es sich auch gelohnt, eine Ausbesserung, wenn sie einmal notwendig war, vorzunehmen. Bei dem heute gekauften Leinen ist es aber, wenn es anfängt zu reißen, besser, es gleich fortzuwerfen, denn wenn eine Ausbesserung vorgenommen wird, dann reiht es daneben weiter. Kurz, die Spinnerei hat in der Landwirtschaft nachgelassen, und dazu kam dann noch, daß vom Ausland her sehr viel Hanf eingeführt wurde. Besonders als die St. Gotthardbahn erstellt wurde, ist viel Italienerhanf eingeführt worden, und dadurch ist die Nachfrage nach badischem Hanf immer mehr zurückgegangen. Der badische Bauernverein hat in den achtziger Jahren noch eine Petition an den Reichstag eingereicht, um höhere Schutzzölle auf den Hanf zu bekommen. Das hat aber wenig gedreht, weil es geheißen hat, es wird zu wenig Hanf im Lande gebaut. Nachdem die Nachfrage und die Preise bei uns zurückgegangen waren, hat sich der Bau allerdings auch nicht mehr so gelohnt. In neuerer Zeit ist ja auch die Gr. Regierung, die, wie ich anerkennen muß, sich für den Hanfbau interessiert hat, angegangen worden, sich bei der Marine für besseren Absatz zu verwenden. Die Gr. Regierung hat sich mit der Marine ins Benehmen gesetzt. Namentlich waren es die größeren Schiffseilereien, die für die Marine die Taus liefern, die den Versuch mit badischem Schleißhanf gemacht haben. Es ist auch Tatsache und hat sich schon oft erwiesen, daß der badische oder der sogenannte rheinische Hanf die beste Faser hat von allen Hanfen des In- und Auslandes. Er ist am dauerhaftesten und hält sich gerade auch im Wasser am besten. Gerade in neuerer Zeit kommen die Vertreter der großen Seilereien und kaufen den Schleißhanf auf, wo sie ihn bekommen, und bezahlen, während sie vor 6 und 7 Jahren für den Zentner anfangs 30 M. bezahlt haben, in diesem Jahr sogar 50 M. für den Zentner. Es muß sehr zu begrüßen, wenn der Hanfbau, da, wo er noch einigermaßen gedeiht, weiter getrieben wird, und ich möchte der Großh. Regierung nahelegen, ob nicht durch Prämien zum Hanfbau angemuntert werden könnte. Ueber den Modus der Prämierung ließe sich dann noch reden. Würde man von dem Standpunkt ausgehen, daß ein großer Komplexanbau prämiert werden soll, so könnte dabei der kleinere Mann nicht in Betracht. Ich glaube man sollte dabei vor allem von dem Grundsatze ausgehen, daß auch der kleinere Mann mit in Betracht gezogen werden soll. Man könnte vielleicht unmittelbar vor der Ernte die Felder besichtigen und diejenigen, die einen schönen Hanf haben, die große Sorgfalt darauf verwenden haben, mit einer entsprechenden Prämie bedenten. Auf diese Weise würde man zu dem Hanfbau sehr ansporren, so daß mehr Hanf gebaut wird. Ich möchte also der Großh. Regierung ersuchen, dem Hanfbau und der Förderung desselben ihr Augenmerk zuzuwenden.

Nun ist da (wie bereits erwähnt, wenn ein Produkt geht, an seiner Stelle ein anderes gebaut wird) bei uns in Baden der Tabakbau in den Vordergrund getreten. Er hat sich in den letzten Jahren auch besser rentiert. Man gibt sich jetzt sehr viele Mühe, auch Qualitätshanf zu bauen, weil der bessere Tabak die Mühe besser lohnend und gesünder ist. Aber die Mühe, die Arbeit, die man sich auferlegt, sei es, daß man mit der Düngung oder in der Behandlung sorgfältiger ist, wird nicht entsprechend entlohnt; denn bei den Käufen wird alles über einen Kamm geschert. Ein oder zwei Mark ist vielleicht die ganze Unterschied. Da lohnt sich dann die Sache nicht, und die Leute, die sich der Mühe unterziehen, ihre Sorgfalt darauf verwenden, es sich Geld und Zeit kosten lassen, werden, wenn sie dann später nicht ihre Entschädigung finden, entmutigt, so daß sie nicht weiter machen. Es ist in der Landwirtschaftskammer auch angeregt worden, daß die Regierung auch da vielleicht durch Prämierung

könnte, aber nicht wie bisher in Ausstellungen, wo ja nur die Auslese prämiert wird, sondern vielleicht beim Abwiegen, wo man das ganze Quantum Tabak und seine Behandlung auch sieht. Ich glaube, man hätte da ein besseres Urteil darüber, welche Sorgfalt nicht allein auf dem Feld sondern auch auf die weitere Behandlung des Tabaks verwendet worden ist. Es freut sich da jeder Bauer, wenn er mit seiner Qualität obenan steht, und es würde jedenfalls einen Ansporn für die Bauern bedeuten, wenn einige Prämien verteilt werden könnten an diejenigen, welche die größte Sorgfalt auf ihren Tabak verwendet und sich die meiste Mühe dabei gegeben haben. Die Prüfungskommission würde einfach gebildet werden können aus einem Vertreter der Gemeinde, einem Vertreter eines auswärtigen Ortes und dem Käufer. Ich habe nur das eine Bedenken, daß man den Käufer nicht wird beibringen können; denn gerade die Fabrikanten kaufen meist durch Unterhändler. Man müßte also auch eventl. den Unterhändler, der jedenfalls auch sachkundig ist, als Sachverständigen anerkennen. Unser Land Baden hat ja einen sehr großen Tabakbau; in manchen Jahrgängen wird annähernd die Hälfte, etwa 46 oder 47 Proz., allen im ganzen deutschen Reich gebauten Tabaks bei uns in Baden gebaut. Es wäre also ein Ansporn durch die Regierung wohl am Platze, und ich möchte diese Anregung der Großh. Regierung empfehlend anheimgeben.

Nun auch die Weinfrage, die wiederholt von den Herren Vorrednern gestreift wurde und die ein sehr wichtiges Gebiet ist. Darin sind wir alle einig, daß kein Zweig der Landwirtschaft mit so schwierigen Verhältnissen zu kämpfen hat wie der Rebberbau. Einmal sind es die äußeren Feinde, die Naturereignisse, die Schädlinge, mit denen der Rebber zu kämpfen hat, und auf deren Vertilgung er viel Zeit und Geld verwenden muß. Dann aber liegt die Schuld auch am Weingeschäft selbst, am Weinhandel oder besser gesagt an der Weinschmiererei. Ich habe es mit Freuden vernommen, daß der Herr Minister selbst erklärt hat, daß die Großh. Regierung dieser Weinfrage ihre größte Aufmerksamkeit widme. Wir benennen da große und kleine Mittel der Besserung. Unter „großen Mitteln“ verstehe ich allerdings das Weingesetz, das den Weinverkehr regelt; die kleineren Mittel sind dann z. B. neue Rebschulen, neue Anlagen zu Versuchszwecken und ähnliches. Wie mein Freund Kopf in der Landwirtschaftskammer hervorgehoben hat, hat man bezüglich der Veredelung und Verbesserung der Reben in letzter Zeit wenig getan. Wir wissen, daß wir mit der Zeit gehen müssen, daß wir von Zeit zu Zeit einen Saatwechsel vornehmen müssen. Es wird ja eine Samenuchtanstalt errichtet. Ich verweise nur darauf, wie man im Obstbau darangegangen ist, neue Obstsorten zu bauen, da manche Obstsorten nicht mehr so gedeihen. Ähnlich wird es auch im Rebberbau zu halten sein, um unsere Rebanlagen zu verbessern und auf diesem Wege eine Verbesserung im Weinbau herbeiführen zu können. Des weiteren sollte die Großh. Regierung auch bei den Wegeanlagen für das Rebbergelände, die oft mit großen Kosten verbunden sind, die die Gemeinde deshalb kaum selbst erstellen kann, unterstützend eingreifen. Man hat schon oft die Erfahrung gemacht, daß, wenn man bessere Wegeanlagen an den Rebbergen macht, sodas auch die hohen und steil gelegenen Teile besser zugänglich sind, der Wein in den oberen Grundstücken wesentlich besser geworden ist.

Die Rebberbauern, das ist auch vom Herrn Vorredner anerkannt, geben sich alle Mühe, um ihre Produkt zu verbessern und zu steigern, und man hat in neuerer Zeit zu dem Mittel gegriffen, sog. Naturweinbauvereine zu gründen. Man hat da das Empfinden, obwohl

ja das Weingesetz eigentlich eine große Hauptsache ist, daß man doch noch zu anderen Mitteln greifen muß. Das Reichsweingesetz kann den Verkehr mit Wein und die richtige Behandlung der Reben am besten fördern. Allerdings kann man da noch nachhelfen durch die Selbsthilfe, indem sich Interessenten zusammentun, um nur Weine in die Doffentlichkeit zu bringen, für die sie garantieren können, daß sie Naturweine sind. Dies geschieht namentlich auch, um die Rebberbauern vor ungerechten Vorwürfen zu schützen. Es ist ja oft schon gesagt worden, wenn auf die Rebberbauern die Sprache kam, die Rebberbauern seien auch nicht sauber, sie machten auch allerlei. Das ist ein Vorurteil; es mag ja einzelne Ausnahmen geben, aber im allgemeinen ist das nicht der Fall. Ich weiß sogar, daß in einer Gemeinde, in der einer einmal bei einer landwirtschaftlichen Besprechung dem Zuckern das Wort geredet hat, und zwar in einer Gemeinde, in der Qualitätsweinbau getrieben wurde, der Redner schlecht wegkam. Die Bauern standen auf u. sagten: „Das darf in unserem Orte nicht einreißn, da verwahren wir uns dagegen; wenn einmal das Renomme vorüber ist, können wir unseren Wein nicht mehr verkaufen!“

Mein Herr Vorredner hat Ausstellungen gegen die Naturweinbauvereine gemacht, weil sie auch bei geringeren Sorten das Zuckern verbieten. Ich begrüße aber gerade, daß die strikte Bestimmung in die Satzungen des Naturweinbauvereines aufgenommen worden ist, daß die Bauern keinerlei Veränderung am Weine vornehmen dürfen; denn wenn man da in einem Punkte nachgäbe, wäre dann allem weiteren Tür und Tor geöffnet, wo soll man anfangen und aufhören, wo die Grenze ziehen? Wenn man an der Bestimmung festhält, daß der Rebber nur Naturweine verkaufen darf, dann weiß der Käufer, was Weine sind, und was weiter notwendig ist, wird schon besorgt werden.

Ueberhaupt leidet der Rebberbau mit den geringeren Weinen wenig Not. Diese Weine werden zu jeder Zeit aufgekauft, weil sie noch Gelegenheit bieten zum Zuckern und zum Verbessern; der billigere Wein ist in der Beziehung ein besseres Objekt für den Weinhandel als der Qualitätswein. Aber der Qualitätswein ist gerade ein mißlicher Punkt im Weinbau. Der Herr Vorredner hat ganz richtig angedeutet, daß, wenn mehr bessere Weine getrunken würden, die Nachfrage nach Qualitätswein auch eine größere sein würde. Aber da zeigt sich wieder, daß das Weingesetz eine große Lücke hat. Daß der Verschmitt mit ausländischen Rot- und Weißweinen, überhaupt mit besseren Qualitätsweinen im neuen Weingesetz verboten wird, gerade darauf bestehen die Rebberbauern am meisten.

Wenn gestern ausgeführt wurde, daß guter Wein nicht zu haben sei, so trifft das nicht zu. Gerade dieser Tage ist mir wieder ein sogenannter Herbstbericht zugegangen (die Naturweinbauvereine versenden diese Herbstberichte nicht nur im Herbst sondern auch zu anderen Jahreszeiten), worin aus einem Ort 3000 Liter ältere Jahrgänge Qualitätsweine zum Verkaufe angemeldet wurden. Solche Weine sind noch überall zu haben. Wenn aber die Herren hier in Karlsruhe wenig mehr derartige Weine finden, so liegt das nicht an den Rebberbauern sondern an den Wirten, die diese Weine nicht kaufen wollen.

Bezüglich des Weingesetzes hat es mich sehr gefreut, daß besonders die Deklaration eingeführt werden soll, und ich hoffe nur, daß das zum Schutz der Rebberbauern dienen möge.

Nun möchte ich noch kurz die Milchfrage erwähnen. Es ist das ein wichtiges Gebiet in der Landwirtschaft. Man hat in neuerer Zeit auch versucht, anständige Preise dafür zu erzielen; das wird jedenfalls von den rechtlich denkenden Konsumenten auch nicht mißbilligt werden können. Es ist nun aber vom Herrn Ab-

geordneten Ries — wenn ich mich recht erinnere — angeregt worden, daß eine strengere Kontrolle dieser Milch von Seiten der Regierung vorgenommen werden solle, eine Kontrolle, die sich sogar bis in den Stall hinein erstreckt und darin besteht, daß die Kühe sogar noch untersucht werden sollen, ob sie nicht Bakterien oder dergleichen haben, die nachteilig auf die Milch einwirken. Ich glaube, da geht die Fürsorge für eine gute Milch doch zu weit. Wenn der Bauer eine kranke Kuh hat oder eine Kuh, die nicht ganz fest ist, so findet er das selbst und wird suchen, sie wieder los zu werden. Uebrigens möchte ich darauf hinweisen, daß, wo in der Landwirtschaft im Haushalte Milch verwendet wird, die Familie am gesündesten ist; ich kenne viele Familien, die ihren Kindern sogenannte kuhwarne Milch geben, und diese sind sehr gesund, obwohl man doch sagt, Milch müsse erst gekocht werden, wenn sie nicht schädigen soll.

Dagegen bin ich auch dafür, daß man gegen die Fälschung der Milch vorgehen soll. Wer das Geld für die Milch hinlegen muß, der soll auch rechte Ware bekommen. In Freiburg scheint man allerdings zu weit gegangen zu sein und den Fettgehalt zu hoch festgesetzt zu haben, man wird ja aber Remedur schaffen können. Wenn der Fettgehalt der Milch auch etwas schwach ist, so schadet das weniger, wenn nur das Wasser nicht aus anderen Quellen hineinfließt.

Nun ganz kurz zum Automobilwesen. In der Generaldebatte zum Ministerium des Innern hat es sehr angenehm berührt, daß von der Großh. Regierung die Zusage gegeben worden ist, es werde Vorkehrungen gegen das schnelle Fahren usw. getroffen werden; es wurde aber auch gesagt, daß namentlich auch die Bauern etwas vorsichtiger im Ausweichen sein sollten.

(Der Präsident ersucht den Redner, dieses bereits bei der allgemeinen Beratung zum Budget des Ministeriums des Innern ausgiebig erörterte Thema nicht mehr zu behandeln.)

Ich wollte nur ein Beispiel vorbringen, das mir in den letzten Tagen gemeldet worden ist, wenn aber der Herr Präsident wünscht, daß ich davon abstehe soll, verzichte ich.

Ich muß noch mit einigen Worten auf die Ausführungen des Herrn Abg. Kolb zurückkommen. Nach seinen Ausführungen sollte man glauben, daß die Sozialdemokratie für die Bauern ganz eingenommen, daß sie voll Liebe und Fürsorge für die Landwirtschaft ist (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten; Seiterkeit), und daß für den Bauernstand alles Heil von der Sozialdemokratie komme (Abg. Pfeiffle: Sehr richtig!; Seiterkeit). Dieses Wohlwollen wird aber durch die eigenen Ausführungen des Herrn Abg. Kolb sehr in Frage gestellt; er hat nämlich zugestanden, daß seine Partei bis jetzt noch kein Agrarprogramm habe (Abg. Pfeiffle: Sie haben ja auch keines!; Seiterkeit). Wenn man so sehr für die Landwirtschaft eintreten, so sehr für sie eingenommen sein will, wie es nach den Ausführungen des Herrn Abg. Kolb den Anschein hat, so muß man sich über diese Fragen klar sein! Der Herr Abg. Kolb hat sich allerdings damit gleichsam entschuldigt, daß er sagte, man sei sich lange nicht recht klar geworden, ob man auch die kleinen Betriebe werde erhalten können (Abg. Kolb: Ich habe das Gegenteil gesagt!); man sei aber in neuerer Zeit zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie doch noch haltbar seien, und er hat mitgeteilt, daß man nun auch in nächster Zeit mit einem agrarfreundlichen Programm vor die Öffentlichkeit treten, daß sich seine Fraktion mit Agrarfragen be-
Es ist schon eine geraume Zeit, daß sich die Sozialdemokratie mit ihrem „Agrarprogramm“ befaßt; sie hat

nämlich auf dem Parteitag in Frankfurt im Jahre 1894 eine Kommission eingesetzt, die die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zum Bauernstand behandeln, ein Agrarprogramm aufstellen und die Frage der Agrarpolitik damit erledigen sollte. Die Kommission hat das anscheinend auch getan, vom Breslauer Parteitag im Jahre 1895 aber wurde dieses von der Kommission aufgestellte Agrarprogramm verworfen. Das sind die Tendenzen der Sozialdemokratie! (Abg. Kolb: Das ist doch maßgebend, was wir hier im Landtage leisten!) Der Parteitag ist doch maßgebend, der Parteitag hat erklärt, daß die Sozialdemokratie keine Veranlassung habe, der Landwirtschaft aufzuhelfen.

Uebrigens hat auch der Herr Abg. Kolb sich insofern widersprochen, als er, wenn er mit „Achtung und Wohlwollen“ vom Bauernstand sprechen will, dann doch nicht von Aberglauben und Wittprozeffionen in abfälliger Weise reden sollte. Ich glaube, daß vielleicht im ganzen Bauernstand weniger Aberglauben herrscht als in der Großstadt! Bei uns hat man keine Wahrsagerinnen, während man aus den Zeitungen liest, wie viele solcher Wahrsager in den Städten sind, ihr Leben von der Wahrsagerei fristen und dabei ein ganz gutes Geschäft machen. Dort soll er die Sebel ansetzen. Seine Ausführungen über die Wittprozeffionen aber, über die er in so abfälliger, fast spöttischer Weise gesprochen hat, waren ein Angriff auf den Glauben der Landbewohner! Der Landbewohner glaubt noch an einen Herrgott; er weiß, daß seine Mühe und aller Aufwand an Fleiß und Arbeit allein nicht hinreichen, um gute Erfolge zustande zu bringen; bei ihm gilt noch das Sprichwort: „An Gottes Segen ist alles gelegen“. Wenn von einer Seite, die so über den Bauernstand spricht, dann behauptet wird, man habe Wohlwollen und Achtung für ihn, dann glaube ich eben das einfach nicht! Von Achtung und Wohlwollen für die Landwirtschaft kann dann keine Rede sein. Es ist sehr zu bedauern, daß man hiermit die Religion angreift (Abg. Kräuter: Man hat sie ja gar nicht angegriffen!). Wie gesagt, ich habe sehr bedauert, daß der Herr Abg. Kolb sich in diesem Sinne ausgesprochen hat. Wenn er der Hoffnung Ausdruck verliehen hat, daß die Landwirtschaft infolge der Entwicklung zur Ueberzeugung kommen werde, daß der Bauernstand mit der Zeit gehen müsse, und daß er durch die Bestrebungen der Sozialdemokratie seine Lage verbessern könne, so wird er mit solchen Ausführungen wenig Anklang finden und auch bei den Wahlen wenig Respekt damit machen. Seine Ausführungen haben mir den Eindruck gemacht, daß er allerdings Verlangen nach der Landwirtschaft und nach dem Bauernstand, Verlangen nämlich nach ihrer Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Wählererschaft hat; er möchte sehr gerne die Landwirtschaft in die Arme nehmen, aber nicht, um sie zu küssen, sondern um sie zu erdrücken (Seiterkeit und Zurufe).

Abg. Dr. Blauenhorn (natl.): Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen, und das kann ich um so eher, als ein Gegenstand, der vielleicht sonst eingehender hätte besprochen werden können — das neue Weingesetz —, noch nicht spruchreif ist. Es ist ja allerdings schon sehr lange her, schon über ein Jahr, daß das Weinparlament sich mit diesem Gegenstand beschäftigt hat; es ist schon sehr lange her, daß im Reichsamt des Innern ein provisorischer Entwurf zusammengestellt wurde, der nachher durch Inbiskretion den Weg in die Öffentlichkeit gefunden und große Erregung hervorgerufen hat. Man hätte freilich wissen können, wie es mit solchen Entwürfen ist: Im Jahre 1899 tagte auch ein Weinparlament und damals wurde ebenfalls im Reichsamt des Innern ein Entwurf hergestelt; es ist aber nicht

dieser an den Reichstag gekommen, sondern eine Novelle zum Weingesez, und aus dieser Novelle hat nachher der Reichstag dasjenige Gesez gemacht, das jetzt noch in Kraft ist.]

Inzwischen sind ja von Regierung zu Regierung große Verhandlungen gepflogen worden, und es hat insbesondere aufgeregt, möchte ich sagen, als man in den Zeitungen einmal las, im Reichstag sei eine Kommission besammet, welche den Entwurf nun endgültig berät. Das war aber keine Kommission von Reichstagsmitgliedern, sondern eine Kommission der Regierungsvertreter. Danach ist der Entwurf abgeändert worden, und dieser Entwurf ist dann an die Regierungen, auch an die preußischen Regierungsstellen, gegangen, und das preußische Handelsministerium hat ihn, wie es scheint, ziemlich lange zurückgehalten. Er soll jetzt dem preußischen Staatsministerium vorliegen, und es ist zu hoffen, daß er in der nächsten Zeit veröffentlicht wird, damit sich die öffentliche Meinung nochmals mit ihm beschäftigen kann. Es ist also noch gar nicht zu sagen, was alles in dem Gesezentwurf stehen wird und was auch noch hineingearbeitet werden wird durch den Reichstag selbst, vielleicht auch durch den Bundesrat auf Grund der Erörterungen, die erfolgen, wenn, wie beabsichtigt ist, dieser Entwurf im Reichsanzeiger zur Veröffentlichung gekommen ist. Deshalb habe ich vorhin gesagt, brauchen wir uns mit dem Entwurf auch jetzt nicht zu beschäftigen. Er ist ja auch bisher nur ganz kurz da und dort berührt worden. Auch ich will vielleicht nur einen oder den andern Punkt hervorheben, ohne aber auf den Entwurf selbst irgendwie näher einzugehen.

Ich hatte mich außerordentlich gefreut, daß von seiten des Herrn Ministers der Ausdruck gefallen ist: „Der Weinbau ist derjenige Zweig der Landwirtschaft, der der Unterstützung am meisten bedürftig ist.“ Das ist Tatsache, und wir können uns nur freuen, daß diese Tatsache derart gewürdigt wird.

Der Herr Minister hat dann ganz kurz von Maßregeln gesprochen, die, um den Weinbau zu unterstützen, gesetzlich streng festgelegt werden müssen, und dabei der Kontrolle in Nichtweinbaugebieten Erwähnung getan. Das ist sehr notwendig; es ist aber auch unbedingtes Erfordernis, daß diese Kontrolle nicht von Leuten ausgeübt wird, die sie im Nebenamt besorgen, sondern den Hauptwert haben wir immer, sowohl hier im hohen Hause, als auch in anderen Einzellandtagen, wie auch im Reichstage darauf gelegt, daß diese Kontrolle im Hauptamt stattfindet. In Bayern wurde vor Neujahr bei einer Beratung über die Weinfrage der Minister gebeten, er möchte im Bundesrat dahin wirken, daß für das ganze Deutsche Reich die Kontrolle im Hauptamt, sei es in den Weinbaubezirken, sei es in den Nichtweinbaugebieten, stattfinden sollte. Auch ich möchte an unsere Regierung die Bitte richten, diese Bestrebungen im Bundesrat zu unterstützen. Ich möchte aber weiter noch den Wunsch aussprechen, daß ein Gesez, welches ja gewissermaßen auch mit einem neuen Weingesez in Zusammenhang gebracht werden kann, das Gesez der reichsgesetzlichen Nahrungsmittelkontrolle, das letztes Jahr als in baldiger Aussicht stehend angekündigt wurde, ebenfalls bald eingebracht wird. Ich möchte unsere Regierung bitten, dahin zu wirken, daß dieses Gesez, das jetzt schon seit drei oder vier Jahren vollständig ausgearbeitet im Reichsamt des Innern liegt, endlich an den Reichstag gelangt. Im Anschluß an diese Bestimmungen wird es dann auch möglich sein, die Kontrolle im Hauptamt für den Weinbau besser durchzuführen, gründlicher durchzuführen auch in Nichtweinbaugebieten, als das ohne dieses Gesez stattfinden kann.

In der Debatte ist auch von dem Deklarations-

zwang und den Bestrebungen der Naturweinbauvereine die Rede gewesen. Der Herr Kollege von Gleichenstein hat auf den § 4 des bestehenden Gesezes hingewiesen, der den indirekten Deklarationszwang enthält, indem er bestimmt, daß, wenn Wein als Naturwein angeboten wird, auch solcher bei Strafvermeidung gegeben werden muß, und wenn Naturwein verlangt wird, der Käufer auch Naturwein erhalten muß, keinen irgendwie verbesserten Wein. Der Oberbadische Weinbauverein hat in seinem letzten Bericht an seine Mitglieder gesagt: „Biel zu wenig bekannt scheint der § 4 des Weingesezes vom 24. Mai 1901 zu sein; warum macht man von dem darin enthaltenen indirekten Deklarationszwang nicht mehr Gebrauch?“ Das ist auch meine Meinung, daß er vielleicht etwas zu wenig bekannt ist. Wenn man mehr Gebrauch von ihm gemacht hätte, so wäre vielleicht manche Schädigung nicht eingetreten, wie sie wirklich in die Erscheinung kam. Die Gründer der Naturweinbauvereine haben nun von diesem Paragraphen Gebrauch gemacht, d. h. sie sagen: Wir bieten Naturwein an, und nach dem Weingesez darf das überhaupt kein anderer Wein sein als richtiger Naturwein selbst. Diese Bestrebungen sind nur zu begrüßen, und ich würde mich freuen, wenn sie zusammengingen mit denen der anderen Weinbauvereine, des Oberbadischen Weinbauvereins und des Deutschen Weinbauvereins, die sich ja gegenseitig ergänzen, zusammenwirken können. Leider sind hin und wieder — es sind aber ganz vereinzelte Erscheinungen — Fälle vorgekommen, wo der eine Verein vielleicht oder ein Vereinsmitglied die Sache falsch aufgefaßt und Stellung gegen den andern Verein genommen hat, der für seine Zwecke gerade so gut mitwirkt als er selbst. Nun, das kann ja in Zukunft vollständig vermieden werden und wird auch sicher vermieden werden.

Die Naturweinbauvereine stehen auf dem Standpunkt des Puristen. Auch ich stehe unbedingt auf diesem Standpunkt für diejenigen Bezirke, wo das durchführbar ist. Früher habe ich das Weingesez — ich bin ja in dieser Sache schon lange tätig — durchweg auf den Puristen zugeschnitten haben wollen. Ich habe aber mit dem Herrn Kollegen Schüler im Reichstage einsehen müssen, daß eben die Verhältnisse in Deutschland derart sind, daß man nicht für einzelne Gebiete ein Gesez machen kann, sondern nur ein Kompromißgesez für das ganze deutsche Weinbaugebiet, und da wird mir der Herr Kollege Schüler zugeben — er hat es ja auch öfters öffentlich ausgesprochen —, daß wir den direkten Deklarationszwang wohl nicht erreichen werden (Abg. Schüler: Nicht erreichen können), nicht erreichen können. Wenn man aber davon überzeugt ist, so sollte man nicht falsche Hoffnungen erwecken, indem man den Vereinsmitgliedern sagt: „Hier liegt der Krebschaden, das muß anders werden.“ Es läßt sich eben nicht erreichen, und das sollte man den Leuten auch sagen; das würde vielleicht die Sache mehr fördern, als wenn man ihnen etwas in Aussicht stellt, was man eben nicht erreichen kann. Dagegen stehe ich sehr auf dem Standpunkt des indirekten Deklarationszwanges, der meiner Ansicht nach auch noch ausgebaut werden kann. Man kann auch bestimmen, daß für verbesserte Weine nicht nur die Bezeichnung „Naturweine“ und ähnliche ausgeschlossen ist, sondern man kann auch einzelne Gemerkungsanlagen usw. anschließen. Ich selbst habe einmal einen solchen Antrag gestellt; es war in der Weinkommission des Reichstags. Dies mein Standpunkt den Naturweinbauvereinen gegenüber.

Nun war es mir allerdings auffallend, von Herrn Kollegen Pfeffeler zu hören, daß die Naturweinbauvereine verschiedene Ortschaften ausschließen, die im

Rayon ihres Vereins liegen. Es kann das vielleicht auf Vorzicht beruhen, weil eben in diesen Bemerkungen, wo schlechtere Lagen sind, die Leute schließlich doch einmal dazu kommen könnten, den Wein zuckern, verbessern zu müssen, und weil sie dann eben nicht in den Rahmen des Vereins hineingehören.

Ich gehe vollständig mit dem Herrn Kollegen Morgenthaler einig, wenn er gesagt hat, daß der Produzent, wenn immer möglich, sein Produkt als Naturprodukt verkaufen, also nicht irgendwie verbessern solle. Aber es ist sehr wohl möglich, wenn wir alles das erreichen, was wir im neuen Weingesetz zu erreichen hoffen, also auch die zeitliche Begrenzung, daß schließlich auch einmal der Weinproduzent, der seinen Wein nicht gleich bis zum 1. Januar verkaufen kann, in den letzten Tagen, die er dazu hat, den Wein verbessern muß. Es ist sogar vorgekommen, daß Winzervereine, die sich mit der festen Absicht gebildet hatten, nur reine Naturweine zu produzieren, als sie ihre Statuten aufstellten, gesehen haben: Mit diesem puristischen Standpunkt allein geht es nicht. Ich habe hier die Statuten der Vertriebsstelle der vereinigten Winzervereine Königswinter am Rhein. Darin heißt es: „Nur vorzügliche Weiß- sowohl wie Rotweine der letzten guten Jahrgänge werden von den Vereinen bei der Zentral-Wein-Vertriebsstelle zu Königswinter eingebracht und kommen von dieser in allen Preislagen pro Liter von 75 Pf. an, die Flasche von 85 Pf. aufwärts bis 2 Mk. als durchaus purer Rebenjast echt und unverfälscht zum Versand.“ Dann heißt es aber weiter, und das ist das Hässliche: „Statutgemäß darf nach der Kelterung der Traubenmasse in minder guten Jahrgängen einzig und allein nur vorzüglichster Kanbis, soweit die Geschäftskonkurrenz dies nötig macht, in mäßiger Quantität auf Anordnung der betreffenden Vorstände zugesetzt werden. Man hat deshalb bei unseren Winzervereinsweinen die beste und sicherste Garantie, daß dieselben reingehalten und unverfälscht, daher gesund und wohl bekömmlich sind.“ Also ein gewisser Widerspruch liegt vor. Es darf nur durchaus purer Rebenjast echt und unverfälscht zum Versand gebracht werden, aber in minder guten Jahren darf doch Zucker zugesetzt werden.

In der Zeitung habe ich kürzlich gelesen (das ist auch interessant, wie man den § 4 umgeht), daß die Strafkammer Koblenz den Vorsitzenden des rheinischen Winzervereins zu einer Geldstrafe verurteilt hat, weil er gezuckerten Wein als reinen, unverfälschten Naturwein angeboten und verkauft hat. Das sollte nicht vorkommen. Dann ist mir ein Schreiben zu Händen gekommen, das die vereinigten Weingutsbesitzer in Koblenz an Rhein und Mosel versandt haben. Sie singen dem Naturwein ein Loblied, die Telegrammadresse heißt „Naturwein“, es enthält aber das Schreiben folgenden Passus: „Die große Produktion unserer Gesellschafter und der stets wachsende Geschäftsbetrieb unseres Unternehmens hat zur Folge, daß wir mehr wie bisher in Wettbewerb treten mit mündgerecht gemachten Weinen des Wein Großhandels. Erfahrungsgemäß ziehen wir hierbei mit unseren in kleineren Preislagen etwas sauren Naturweinen den Kürzeren.“ Dann heißt es weiter: Um unsere bisherigen Kunden auch ferner bedienen zu können, „haben wir uns entschlossen, künftig neben unseren Naturweinen, denen wir nach wie vor unser Hauptinteresse widmen, in billigeren Preislagen auch verbesserte Weine zu führen“.

Auch hier in Karlsruhe hat eine hiesige Firma dem Naturwein ein hohes Loblied gesungen und geschrieben: „Trinkt nur Naturwein, der ist gesund, der andere aber unbeförmlich“, und nachher hat sich herausgestellt, daß sie nicht einen einzigen Tropfen Naturwein zum Versand gebracht hat! Das ist eine Täuschung. Ich hoffe, durch

das Gesetz wird dem ein Kiesel vorgehoben werden können.

Es macht sich ganz gut, wenn da und dort in Restaurationen Naturwein und verbesserter Wein unterschieden wird. Eines der größten Restaurants in Berlin, das Restaurant Trarbach, hat folgende Notiz auf seiner Weinkarte: „Unsere sämtlichen Bordeaux- und Burgunderweine sind naturreines Produkt der Rebe, ebenso sämtliche mit Dreieck bezeichneten Rhein-, Pfalz-, Mosel- und Saarweine. Die nicht mit einem Dreieck bezeichneten deutschen Weine sind allein ihrer Natursäure wegen verbessert, d. h. mündiger, milder, bekömmlicher gestellt worden, ohne dabei ihre feine, raffige Eigenart zu beeinträchtigen.“ Hier ist also dem Publikum gesagt, die einen Weine sind Naturweine, die anderen sind verbesserte, aber gut trinkbare Weine. Daß letzteres der Fall ist, wird daraus hervorgehen, daß verbesserte Weine darunter sind, von denen die Flasche mit 3.50 Mk. bezahlt wird. Woher wissen aber die Leute nun, daß ihre „sämtlichen Bordeaux- und Burgunderweine naturreines Produkt der Rebe“ sind? Woher haben sie diese Kenntnis? Meine Ansicht geht dahin, daß im Ausland auch nicht alles so ist, wie es sein sollte, besonders auch in Frankreich nicht. Auch die dortige jetzt verschärfte Gesetzgebung gibt Manipulationen zu, die wir in Deutschland als unerlaubt bezeichnen würden. So darf z. B. Weinsäure dem Most zugesetzt werden, was bei uns durchaus verboten ist; es darf auch Gips zugesetzt werden, hauptsächlich zu den Rotweinen. Ich habe die Überzeugung, daß sehr viele Weine, die aus dem Ausland bezogen werden, eben einfach keine Naturweine sind sondern sehr stark verbesserte Weine. Und dabei kommt es häufig bei uns vor, daß Leute, welche Naturweine verkaufen wollen, statt ihre Weine rationell zu verbessern, ausländische Weine kaufen und damit ihre Weine, die vielleicht zu sauer, zu wenig schmackhaft sind, verzeihen und dann dieses Produkt als Naturwein weiterverkaufen. Meiner Ansicht nach geschieht damit dem deutschen Weinbau ein größerer Eintrag, als er entstehen würde, wenn rationell und in den engsten Grenzen verbesserte Weine zur Verwendung kämen; das ist etwas, was nicht genug betont werden kann. Bei diesem Verschnitt von Auslandswein mit inländischen Weinen (und ich meine nicht den Verschnitt, den der Herr Abg. Morgenthaler meint, von Weißwein zu Rotwein, sondern von Weißwein zu Weißwein) sollte immer Garantie geboten werden, daß es sich um Naturwein handelt. Da handelt es sich auch um ein gewisses Umgehen des Gesetzes.

Nun wurde von der Konkurrenz der Weine gesprochen, und nach dem Amtlichen Bericht hat der Herr Kollege von Gleichenstein gemeint, die Weinschmiererei wäre hauptsächlich an den Mißständen schuld, daß die Weine nicht mehr den Absatz haben, wie er vielleicht gewünscht wird. Wir sind f. Bt. zusammengetreten, 1906 glaube ich, war es, als die 1905 er Weine liegen geblieben waren, und haben auch diesen Mißstand ins Auge gefaßt. Die 1905er Weine sind später glatt verkauft worden; der anfangs schwere Absatz war eben teilweise auf den höheren Preis zurückzuführen. Die Leute wollen eben meistens offenen Wein trinken, sogar jetzt auch in Norddeutschland, und für den Wein recht wenig Geld ausgeben. Der Herr Kollege Pfeifferle hat von Absatz gesprochen. Ich habe das auch schon geglaubt, aber viele Leute, die gewohnt waren, besseren Wein zu trinken, trinken jetzt statt des besseren Weins Sekt, weil dieser so billig ist, meist noch billiger als der bessere Wein. In Berlin wird tatsächlich — und das wird mir auch Herr Kollege Schüler bestätigen — (Seiterkeit; Hört, Hört! Seiterkeit) eine riesige Menge Sekt im Verhältnis zum Flaschenwein getrunken, und zwar zu

einem Preis, der eben einer guten Flasche Wein gleichkommt. Wenn Sie den Getränkekonsum auf der Ausstellung in Mannheim betrachten, so sehen Sie, daß dort außerordentlich viel Schaumwein gegenüber anderem Wein getrunken worden ist, und das ist vielleicht teilweise billiger, teilweise auch teurer Schaumwein gewesen. Aber diese Schaumweine, wie sie ohne Flaschengährung hergestellt werden, kosten die Flasche vielleicht 60 Pf. bis 1 M., und da meint dann das Publikum, es hätte Naturwein darin! Dort ist sehr viel Kunst darin, sehr viel Kunstwein.

Meiner Ansicht nach liegt der Hauptgrund, weshalb unsere Weine den Absatz nicht so finden, wie es wünschenswert ist, in der Konkurrenz des Auslandes. Ich habe mich gewundert, daß von keiner Seite noch darauf hingewiesen worden ist. Man hätte nicht erwartet, daß nach dem Inkrafttreten der Handelsverträge, wo der Traubenmaischzoll von 4 Mark auf 10 Mark erhöht wurde, trotzdem die Einfuhr nicht zurückgegangen ist, sondern sich in den letzten Jahren bedeutend verstärkt hat. Das hängt damit zusammen, daß wir eben wenig billigen Wein auf den Markt bringen können, daß wir durch die Peronospora im Jahre 1906 ein schlechtes Weinjahr gehabt haben, und daß wir 1907 auch kein großes Weinjahr hatten. Es ist sehr interessant, daß die Einfuhr von dieser Traubenmaische im Jahre 1906 287 000 Doppelzentner betrug und im folgenden Jahre 407 000 Doppelzentner, der Betrag ist also wesentlich gewachsen. Nun kommt ja allerdings noch in Betracht, daß von dieser Traubenmaische viel zu uns gebracht wird unter der Bezeichnung „zur Verwendung zu Hausstrunk“. Da bin ich misstrauisch. Ich habe eine Offerte eines Händlers über spanische und französische Traubenmaische gefunden und zwar in einer Zeitung, die von Konstanz stammt. Er schreibt darin: „Tausende Waggonladungen habe seit Herbst 1890 abgeliefert, und 1000 Mark demjenigen, welcher nachweist, daß ich eine dem Gesetz zuwiderlaufende Qualität jemals abgeliefert hätte“ usw. Dieser Lieferant hat im Lande seine Vertreter, und was mich unangenehm berührt hat, das ist, daß er unter anderem schreibt: Bestellungen nimmt entgegen Ferdinand Mörder in Börtlingen und der Bezirksvorstand der Bauernvereine in Kempten. Da wäre es doch gut, wenn vielleicht darauf aufmerksam gemacht würde, daß man dadurch indirekt weitestens den deutschen Weinbau schädigt. Es wird also garantiert, diese Traubenmaische wäre gut. Professor Dr. Kahlisch in Straßburg hat aber gezeigt, daß es meistens Schundware ist. Auch von Augustenberg ist ein Bericht darüber vorhanden, und in bezug auf diese Angelegenheit kann ich in das Loblied einstimmen, das ihrem früheren Leiter gelungen worden ist. Auch ich bedaure, daß er nicht mehr an jener Stelle weilt. In dem Bericht heißt es: „Mit den Beziehern solcher Waren braucht man um so weniger Mitleid zu haben, als es ihnen sehr wohl möglich gewesen wäre, ihren Weinbedarf im Inlande am Kaiserstuhl, im Breisgau, sowie am Bodensee zu decken und zwar zu Preisen, welche nicht höher, sondern sogar wesentlich billiger waren als die, welche sie für die ausländische Maische zahlen mußten.“

Es ist aber nicht allein die Traubenmaische, viel schlimmer ist noch die Einfuhr der billigen Weine. Frankreich hat gewaltige Ernten, man ist immer mehr von dem Qualitäts- zu dem Quantitätsbau übergegangen. Ebenso ist die Ausfuhr Italiens geradezu verblüffend. Italiens Weinernte betrug in früheren Jahren durchschnittlich 38½ Millionen Hektoliter, im letzten Jahre hat sie aber 56½ Millionen Hektoliter betragen. Die Leute wollen aber auch Absatz dafür haben, und da wenden sie sich natürlich auch zu uns. Die Weinbauvereinigungen Oberitaliens haben sich zusammenge-

tan, um zu beraten, wie das zu machen ist. Sie verlangen Revision verschiedener Bestimmungen des Weingesetzes, Abschaffung des Eingangszolls auf die Weine in den Städten, starke Ermäßigung der Bahntarife für die Beförderung des Weines, und endlich unternehmen sie den Kampf in der Presse gegen die Aerzte, welche ungerechtfertigterweise Gegner des Weingenußes sind. (Weiterkeit.)

In der heftigen Ersten Kammer hat im letzten Jahr Freiherr von Du, ein ausgezeichnete landwirtschaftliche Sachverständiger, darauf hingewiesen, daß uns von der französischen Weinernte her eine große Gefahr droht, und er hat den Minister darauf aufmerksam gemacht, ob nicht irgendwelche versteckte Prämien in Frankreich gegeben werden, um die Weine zu uns zu bringen, diese Weine, die dort eben nicht genügenden Absatz finden. Die Produktion Frankreichs ist ja riesig in die Höhe gegangen. Im Jahre 1906 war sie schon groß mit 52 Millionen Hektoliter, im Jahre 1907 ging sie auf 66 Millionen Hektoliter! Da sind wir mit 2½ bis höchstens 3 Millionen Hektoliter (im letzten Jahre waren es nur 1,6 Millionen Hektoliter) ja die reinsten Waisentuben dagegen! Frankreich führt, was mich sehr gewundert hat, noch viel mehr Weine ein, als es ausführt. Es führt auch die algerischen Weine (1 Millionen Hektoliter) ein, weil sie ihre Amerikanerweine, die sie im Süden pflanzen und die sehr minderwertig sind, gar nicht verschicken können, weil sie dieselben mit den Afrikanerweinen verschneiden müssen, um sie dann auch uns zu offerieren. Und es wird gründlich offeriert und zu billigen Preisen! Sie können z. B. jeden Tag Offerten bekommen für Wein zu 18 Mark. Nehmen Sie noch 22 Mark für Zoll dazu, dann gibt es 40 Mark, und dann begreift man eigentlich, warum der Wein, der bei uns 60 Mark kostet, so schwer verkäuflich ist. Darin liegt tatsächlich ein Grund für die schwache Verkauflichkeit teurer Weine. Es wird ja ein Mittel dagegen geben, und dieses Mittel heißt: Wieder einmal ein guter Herbst, der uns das bringt, was wir brauchen; nicht allzu teure, aber große Quantitäten Wein! Damit wird den Weinbauern dann allerdings mehr geholfen sein, als wenn er zu teuren Preisen wenig oder fast gar nichts bekommt und das nur schwer absetzen kann.

Nun ganz kurz noch etwas über das Neblausgesetz, über die Amerikanerweine. Es ist ja eine Tatsache, daß die Amerikanerweine nicht überall das Resultat gebracht haben, die Reben, die auf amerikanischer Unterlage sind, zu veredeln, wie man gewünscht hat. Allerdings sind sich die Gelehrten noch nicht vollständig darüber einig, ob tatsächlich die Trauben von der Unterlage so sehr beeinflusst werden. Wenn eine richtige Auswahl getroffen wird, ist es ja vielleicht möglich. Aber man gesteht in den Weinbaugebieten, wo man die Versuche gemacht hat, die gemachten Fehler nicht gerne zu, in Frankreich nicht gerne und insbesondere auch nicht in Ungarn, wohin kürzlich (es ist eine Broschüre darüber herausgekommen) der Direktor des Geisenheimer Instituts eine größere Reise gemacht hat, um die dortigen Verhältnisse zu studieren, und wo ihm von Sachverständigen gesagt wurde: Sorgt dafür, das eure Reben so lang wie möglich erhalten bleiben! Wir helfen uns ja zur Not mit Amerikanerweinen, aber wir suchen unsere Reben zu erhalten durch das Sulfuralverfahren, dadurch, daß wir Schwefelkohlenstoff zugeben (was in Frankreich ja auch geschieht), ohne zu den Amerikanerunterlagen überzugehen.

Nun wir haben ja glücklicherweise (das ist konstatiert worden), bei uns die Neblaus nicht gefunden, und ich habe es im Reichstag auf das entschiedenste zurückgewiesen, daß im Elsaß immer behauptet wird, wenn wir richtig suchen wollten, müßten wir sie schon haben. Wir haben gründlich gesucht! Der Grund, weshalb wir sie nicht finden, ist

eben der, daß wir unsere Reben nicht aus verfeuchten Gegenden beziehen und daß eben die Ausbreitung bei unseren klimatischen Verhältnissen nicht so leicht ist. Um aber zu vermeiden, daß die Reblaus zu uns kommt, müssen wir die gesetzlichen Bestimmungen, die wir haben, möglichst streng handhaben, und wir tun niemals Jemandem einen Gefallen, wenn wir Ausnahmegestimmungen zulassen. Auch aus Sämlingen sollten Amerikaner-Reben möglichst nicht mehr gezogen werden.

Es ist Tatsache, daß dieser Sämling eben auch einen ganz minderwertigen Wein gibt. Ich habe hier eine Broschüre, welche von Herrn Dr. phil. Fr. A. Hoch geschrieben ist: „Zur Geschichte des Weinbaues in Mittelbaden“. Er sagt darin: „Die Anpflanzung dieser Amerikaner-Rebe erklärt sich wohl aus ihrer großen Fruchtbarkeit . . . Allein auch in guten Jahren läßt sich daraus nur ein mäßig guter Hausstrunk bereiten, in geringen Jahren nicht ohne Verbesserung durch Züderung.“ Und zum Schluß sagt er: „Eine Vermischung des Amerikaner-mostes mit dem Moste von europäischen Rebsorten zu Verkaufszwecken würde denselben ganz unverkäuflich machen und den Ruf des einheimischen Weinbaues aufs schwerste schädigen“.

Es ist wünschenswert, daß in solchen Gegenden, wo auch noch andere Reben gedeihen, unbedingt von der Einführung der Amerikaner-Reben Abstand genommen wird und an anderen Orten, wenn möglich, die Amerikaner-Rebe wieder verschwindet. Es gibt noch andere Sachen, die einen ausgezeichneten Hausstrunk liefern und auch nicht viel Arbeit erfordern. Wir (und darin wird Herr Kollege Geppert mit mir einverstanden sein) nützen noch viel zu wenig die Obstweine und insbesondere die Beereneine aus. Die Beereneine: Stachelbeerwein, Johannisbeerwein sind ein vorzüglicher Hausstrunk.

Vom Regierungstische wurde auf die Anregung des Abg. v. Gleichenstein wegen Veredelung der alten Rebsorten durch Samen zucht erwidert. Ich stehe ganz auf dem Standpunkte des Herrn Regierungsvertreter, daß unsere Reben nicht derart degeneriert sind, daß wir zum Urstande zurückkehren müssen, zur Sämlingszucht, um da wieder von vorn anzufangen. Es wäre ein Vornormanfänger, denn der Sämling, den wir ausfüllen, gibt nicht, auch wenn er vom Riesling ist oder vom Edelwein, keine Rieslingrebe oder Edelweinrebe. Es ist gerade so, wie wenn man den Samen eines Gelapfels sät: die Bäume, die entstehen, sind Halbwildlinge oder Wildlinge, die gärtnerisch weitergezogen werden müssen und dadurch die Widerstandskraft wieder verlieren. Der Herr Kollege von Gleichenstein hat sich auf eine Broschüre bezogen, die Herr Dr. Hoch verfaßt hat, als er davon sprach, daß die Stecklingszucht diese Degeneration bei uns herbeigeführt habe. Nun, das Erscheinen dieser Broschüre liegt wahrscheinlich etwas weit zurück, vielleicht schon — ich spreche die Vermutung aus — früher als 1905. Ich kann dem Herrn Kollegen von Gleichenstein eine andere Broschüre geben, die Broschüre, die ich vorhin erwähnt habe. Hier sind 15 Ursachen für den Rückgang der Reben im Ertrage angegeben, die meiner Ansicht nach das Richtige treffen. Der wichtigste Grund ist wohl: „Erneuerung und Verjüngung der Weinberge seit Jahrhunderten durch Verlegen und Bergraben, statt durch Mindholz und Wurzelreben.“

Ich stelle das Buch dem Herren Kollegen zur Verfügung.

Es gibt auch die Sämlingsrebe einen minderwertigen Wein. Ich habe den aus Sämlingsreben gezogenen Wein des Herrn von Oberling bei der Ausstellung in Kolmar auch verkostet. Das war

ein leidlich trinkbarer Wein, den er aber nur mit kolossalen Unkosten, Mühe und Arbeit gezogen hat.

Sehr erfreut bin ich darüber, daß die Regierung so außerordentlich viel für den Rebbau tut. Ich bin da nicht vollständig der Meinung des Herrn Kollegen Schüller, denn es wird bei uns wirklich dafür gesorgt, daß die Leute draußen richtig informiert werden. Der Herr Weinbaulehrer Dümmler hat uns sehr gute Dienste geleistet. Vor zwei Jahren, als unsere Reben gründlich verhegelt waren, da hat er unseren Weinbauern gezeigt, wie man schneiden muß, und er kommt auch jetzt noch von Zeit zu Zeit und hält Kurse ab.

Es wird vieles getan, es könnte ja allerdings noch manches geschehen, insbesondere in der Befämpfung der Rebschädlinge (Sehr richtig!). Der Heu- und Sauerwurm hat gewaltige Verheerungen in den letzten Jahren angerichtet. Man hat ja jetzt ein Mittel dagegen gefunden, das aber nur sehr mit Vorsicht zu genießen ist, denn es sind arsenisaure Salze, hauptsächlich arsenisaures Blei, und es ist nicht ausgeschlossen, daß das auf die Gesundheit schädigend einwirkt. Es ist dasselbe Mittel, wie man es in Amerika schon seit Jahr und Tag gegen den Obstwickler verwendet. Dort werden die großen Obstplantagen mit diesem Mittel besprüht, und Tatsache ist, daß diese arsenisauren Salze derart wirken, daß die Obstwickler vollständig verschwinden, daß tatsächlich das Obst nicht mehr wurmfest ist, wie man zu sagen pflegt. Es heißt da in einer Abhandlung der Biologischen Anstalt für Land- und Forstwirtschaft in Dahlen, daß wieder bei uns, noch in Amerika schädliche Einwirkungen als Folge dieses Mittels zu konstatieren gewesen seien. Ich möchte aber doch nicht raten, daß man diese arsenisauren Salze bei uns allgemein oder im großen Maße gegen den Heu- und Sauerwurm anwendet. Ich mache auch darauf aufmerksam, daß, wenn der Arbeitgeber seinen Arbeitern zumutet, diese Prühe zu verspritzen, und diese dabei ihre Gesundheit schädigen, er ihnen und ihren Familien haftbar ist. Also möglichst viel Vorsicht, aber möglichst auch Suche nach Mitteln, um vielleicht auf andere Weise — in Frankreich hat man es mit Tabaksaft versucht und einzelne gute Erfahrungen gemacht — dem Sauerwurm beizukommen.

Ich habe mich auch gefreut, daß auf eine Anregung von mir in der Budgetkommission des Reichstages dem Deutschen Weinbauverein bereitwilligst vom Reichsamt des Innern Mittel für Versuchszwecke zur Verfügung gestellt worden sind. Auch von der Großh. Regierung könnten vielleicht Mittel zur Verfügung gestellt werden, um den Vereinen es zu ermöglichen, Versuche anzustellen. Am besten ist es allerdings, wenn die Versuche von staatlichen Instituten selbst unternommen werden.

Damit bin ich am Schluß meiner Ausführungen. Wir werden ja ein neues Weingesetz bekommen. Das dürfen wir uns aber nicht einbilden, daß durch das Weingesetz selbst dann Alles in schönste und beste Ordnung kommt. Das jetzige Weingesetz hat hauptsächlich darunter gelitten, daß eben die Bestimmungen, die darin sind, nicht allgemein richtig ausgeführt worden sind. Das neue Weingesetz wird auch nicht allen Schäden abhelfen können. Was gemacht werden kann, wird ja gemacht werden. Das beste Mittel aber, um den Landwirten — wie ich vorhin schon gesagt habe —, um auch den Weinbauern wieder aufzuhelfen, sind wieder recht gute Weinjahre, die wir schon lange nicht mehr gehabt haben, und die möchte ich unserem Rebbau von Herzen wünschen! (Lebhafter Beifall.)

Abg. Geppert (Zentr.): Der Herr Berichterstatter hat mir mit den wenigen aber gewichtigen Worten, die er dem Obstbau gewidmet hat, eine große Freude bereitet, indem er gesagt hat, der Obstbau sei für unser Land von

eminenter Bedeutung. Dieses Urteil ist im Einklang mit der Tatsache, daß Baden im Deutschen Reich diejenige Land ist, welches auf einem Hektar genutzten landwirtschaftlichen Geländes die meisten Obstbäume besitzt; daß Baden andererseits einen Frühobstbau hat, mit dem nur die Pfalz zu konkurrieren in der Lage ist, dessen Erträge für unser Land sich auf Millionen beziffern; und daß Baden endlich dasjenige Land ist, das vermöge seiner Bodenbeschaffenheit und seiner klimatischen Verhältnisse den Obstbau in weiten Teilen des Landes noch fördern und entwickeln kann. Da darf mit Recht gesagt werden, daß es sich im Obstbau um einen Zweig der Landwirtschaft handelt, der von eminenter Bedeutung ist.

Wenn nun bei uns der Obstbau eine derartige Grundlage hat, dann ist wohl auch die Frage nahelegend und interessant: Wo halten wir mit unserem Obstbau? Der Herr Kollege Müller hat gestern gesagt, wir hätten Fortschritte gemacht; ich kann dem zustimmen: Wir sind gewachsen, und ist auch Hoffnung vorhanden, daß wir noch weitere Fortschritte machen werden. Untrügliche Anhaltspunkte dafür sind bei der Jubiläumsausstellung in Mannheim gewonnen worden, bei jenem Unternehmen, für das unsere badischen Landwirte der Stadt Mannheim überaus dankbar sein müssen, wo wir in Wettbewerb getreten sind nicht nur mit anderen deutschen Staaten sondern auch mit dem Ausland. Die Jubiläumsausstellung in Karlsruhe war eine Ausstellung, bei der wir uns mit unserem eigenen Obstbau zu befassen hatten und bei dem eine weitere Konkurrenz nicht in Betracht gekommen ist. Der Herr Berichterstatter hat gesagt, daß wir bei der Jubiläumsausstellung in Mannheim recht gut abgeschnitten hätten; er hat aber den Eindruck bekommen, daß wir dort einer sehr schweren Konkurrenz gegenübergestanden sind. So ist es in der Tat gewesen. Dank der Initiative der badischen Kreise und der Beihilfe der Großh. Regierung ist es möglich gewesen, in Mannheim den badischen Obst- und Gemüsebau einheitlich und geschlossen vorzuführen. Der Aufwand der Kreise ist trotz der freundlichen Beihilfe, trotz der Unterstützung der Regierung noch ein so großer gewesen, daß ein Ausfall von etwa 12000 M. noch entstanden ist. Das Opfer der Kreise für dieses Unternehmen wäre nicht denkbar gewesen, wenn wir nicht seit längerer Zeit schon auf Seiten der Kreise für unseren Obstbau einen höchst schätzenswerten Rückhalt gehabt hätten. Im Jahre 1906 haben die Kreise in ihren Vorschlägen aus ihren Mitteln 36000 Mark für die Förderung des badischen Obstbaues bereitgestellt, und das ist in der Geschichte des badischen Obstbaues ein Ruhmesblatt für unsere Kreise.

Zur M a n n h e i m e r A u s s t e l l u n g zurückkehrend, möchte ich sagen, daß wir nach einer verhältnismäßig kurzen Vorbereitungszeit nicht ohne Bangen und Zagen in das gewagte Unternehmen hineingegangen sind. Wir haben dort in einer Reihe von Einzelausstellungen, von Wochen- und Monatsausstellungen, alles gezeigt, was Baden an Obst produziert, vom ersten Frühobst bis zu den letzten Früchten des Herbstes. Am Weistand bei dieser Arbeit hat es uns nicht gefehlt, und ich freue mich, hier einen Anlaß zu haben, herzlichsten Dank dem Leiter der Sonderausstellung für Obst- und Gemüsebau auszusprechen, der durch seine unermüdbare und opferwillige Beihilfe der Sache ungemein genützt hat, dem Herrn Grafen Viktor von Helldorf in Neckarbischofsheim.

Ich will Sie nun nicht mit Einzelbildern von dieser Ausstellung ermüden; ich will nicht schildern, wie unsere Chancen auf- und niedergegangen sind, wie Gewinn und Verlust dort abgewechselt hat; aber das Zeugnis darf ich doch für unsere badischen Obst- und Gemüsezüchter in Anspruch nehmen, daß Zug um Zug, Ausstellung um

Ausstellung, unser Ziel höher gesteckt war, daß unsere badischen Aussteller sich überraschend schnell den besseren Ausstellungen und Darbietungen anderer Länder angeschlossen haben und daß die Schlussausstellung für uns in Baden sehr ehrenvoll gewesen ist. Ohne Lehren sind wir allerdings von Mannheim nicht heimgelehrt, wir haben dort viel gesehen und haben auch viel verwerten können.

In die Augen springend war zunächst die Wichtigkeit der organisierten Arbeit, die wie ein roter Faden sich durch alle Darbietungen hindurchgezogen hat, jener Arbeit, die in organisierten Verbänden auf einheitlicher Grundlage geleistet wird; hierin standen wir gegen die Darbietungen der preussischen und hessischen Landwirtschaftskammer zurück. Sortierung und Verpackung sind ja bekanntlich zwei wundere Punkte auf dem Gebiete der Obstverwertung; nicht etwa, daß wir da in Mannheim zurückgeblieben hätten, es muß aber beachtet werden, daß alle Einsendungen nochmals durch das Sieb einer besonderen Kommission in den einzelnen Kreisen hindurchgehen mußten. Den Weg zur Sortenvereinfachung haben wir ebenfalls beschritten, wir haben nicht mehr unter dem großen Sortenwirrwarr zu leiden, das hat die Mannheimer Ausstellung ebenfalls gezeigt. Aber wir haben doch auf diesem Gebiete noch mit sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen und wenn wir da auf den rechten Weg kommen wollen, um erfolgreich voranzuschreiten, dann müssen wir fleißig Spezialkurse darüber abhalten, wie sortiert und wie verpackt werden muß. Denn wenn auch Gottes Segen und der Menschenhände Fleiß und Tüchtigkeit uns noch so schöne Obstfrüchte beschereen, kann uns das nichts zur ausgiebigen Verwertung derselben helfen, wenn wir es nicht auch verstehen, dieses Obst tadellos in die Hände der Käufer und Konsumenten zu bringen.

Der Herr Berichterstatter hat sich im Verlaufe seiner Ausführungen auch darüber gewundert, daß unsere Obstbaukurse und unsere Obstverwertungskurse nicht hinreichend besucht wären; er hat gemeint, ob das an unrichtig gewählter Zeit oder an anderen Umständen liege. Ich bin der Meinung, daß da die Leutenot im Spiele ist; das zeigt auch der bedauernde Ausfall der Wiederholungskurse im Jahre 1906 auf 1907. Unsere Landwirte können ihre Hilfskräfte nicht entbehren. Heutzutage liegt der Schwerpunkt darin, daß wir selbst in besonderen (ein- oder zweitägigen) Weinbaukursen zu den Landwirten hinausgehen und ihnen alles das vordemonstrieren und praktisch beibringen, was an Kenntnissen im Verschnitt, im Veredeln, in der Düngung der Obstbäume, in der Ernte, in der Verpackung und in der Sortierung notwendig ist. Die Leute wollen das lernen; sie sind durchaus nicht abgeneigt, sich Kenntnisse zu erwerben. Das zeigt die Beteiligung an derartigen Kursen, die der Badische Obstbauverein im Jahre 1906 an 71 Tagen in 43 Ortschaften des badischen Landes mit einer Teilnehmerzahl von 1086 abgehalten hat. Ich möchte also wünschen: Mehr derartige Kurse und auch solche von unseren Obstbaulehrern!

Ich habe eingangs meiner Ausführungen gesagt, daß wir dasjenige Land seien, das am dichtesten von Obstbäumen überzogen ist. An einem schönen und hinreichenden Baumbestand fehlt es bei uns in Baden nicht; ich glaube nicht fehl zu gehen, wenn ich die Zahl der Obstbäume auf zwölf Millionen ansetze; der Zugang ist jedes Jahr mindestens 3-500 000 Stück. Es fehlt uns also daran nicht, es kann nicht gesagt werden, daß wir zu wenig Bäume hätten; aber es fehlt uns vielfach an der richtigen Pflege dieser Bäume und an den handelsmäßigen Sorten, die auf diesen Bäumen wachsen sollten. Ich habe die feste Ueberzeugung, wenn wir in dieser Beziehung den Hebel wirksam ansetzen,

dann wird die volkswirtschaftliche Bedeutung unseres Obstbaues für unser Land in ganz anderen Zahlen zum Ausdruck kommen, als dies eben der Fall ist. In der Obstbauschule in Friedberg in Oberhessen, einem Gebiet, das im Obstbau allgemein rührig ist und das auch unsere Bergstraße vom Frankfurter Markt vollständig verdrängt hat, hat man mehrere Jahre hindurch genau Buch darüber geführt, wie sich ein gepflegter und ein ungepflegter Baum im Ertrage verhalten. Man hat gefunden, daß, wenn ein ungepflegter Baum durchschnittlich eine Mark einzubringen vermag, der gepflegte Baum dagegen 3 Mark abwirft. Wenn selbst eine Mark für die Pflege abgerechnet wird, so haben wir den doppelten Ertrag. Ich bin fest überzeugt, wenn wir auf dieser Grundlage weiterstreiten, so wird es uns möglich sein, den Wert unserer Obsternte in Baden in guten Jahren um einige Millionen zu erhöhen.

Im Obstbau ist besonders auch die Schädlingsfrage und die Schädlingsbekämpfung von außerordentlicher Wichtigkeit. Der Obstzüchter kann auch sagen: Feinde ringsum und viele lästige Miteser am Ertrag unserer Obstbäume! Hier sollten wir auch einen ordentlichen Ruck vorwärts kommen, und da möchte ich die Großh. Regierung bitten, daß in bezug auf Versuche in der Schädlingsbekämpfung auch die Kräfte in Augustenberg mit herangezogen werden. Es kommen so viele neue Schädlinge auf und im Zusammenhang damit auch neue Mittel, die geprobt werden müssen. Aber der Landwirt kann sich darauf mangels Zeit und Geld nicht einlassen, solche Mittel auszuprobieren. Da wäre es ungemein wichtig, wenn wir eine Stelle hätten, wo solche Versuche angestellt und auch die Erfahrungen damit veröffentlicht werden. Ich bin überzeugt, unsere Landwirte werden in der Schädlingsbekämpfung nicht zurückbleiben. Das hat ja auch die Bekämpfung der Blattfallkrankheit beim Rebbau gezeigt und neuerdings auch die Zunahme der Bekämpfung des Frostspanners. Augustenberg ist ja so freundlich, alle Anfragen in bezug auf Obstschädlinge zu beantworten. Es gibt Auskunft über Bezeichnung und Wesen dieser Schädlinge und über die Bekämpfungsart. Die Obstanlagen in Augustenberg sind so ausgedehnt, daß dort wohl alle Schädlinge, die bei uns in Baden vorkommen, auch anzutreffen sind und daß man dort Versuche anstellen kann, die dann für unsere Landwirte maßgebend sein sollten. Ich möchte auch darum bitten, daß man, wenn neue Schädlinge und in erheblichem Umfang auftreten, uns dann von Augustenberg auch in die betr. Gegenden Sachverständige schicken möge.

Sortenneuheiten tauchen ja bei uns im Obstbau sehr viel auf, und da wäre es sehr zu begrüßen, wenn Augustenberg auch darin Erfahrungen für unsere Landwirte sammeln würde, denn es ist immerhin gewagt und kostspielig, es mit neuen Sorten zu versuchen.

Anregen möchte ich sodann auch, daß der Unterricht im Obstbau an unseren landwirtschaftlichen Winterschulen mehr vertieft wird. Es genügt nicht, wenn nur zwei Stunden in der Woche Unterricht im Obstbau erteilt wird. Man sollte mehr Zeit darauf verwenden, und zwar besonders in denjenigen Gemeinden, wo der Obstbau eine große Bedeutung hat.

Wünschenswert wäre sodann auch eine Revision der Vorschriften über die Prämierungen. Die Prämierungen wirken ja überaus anregend und aufmunternd. Ich glaube, man geht jetzt schon nicht mehr so weit, daß man nur eine einzige Baumanlage in der betreffenden Gemeinde prämiert. Wir treiben ja nicht Obstbau nur für die jetzige Generation, sondern auch für die späteren Generationen. Dann möchte ich auch zur Erwägung anheingeben, ob nicht diese Prämien in

zwei Teilen gegeben werden sollten, das erstmalig im Zeitpunkt der Anlage selber, das zweitemal nach einem Zeitverlauf von 5 Jahren, wo man dann auch die Pflege dieser Anlage prämiieren könnte.

Verboden gehört sodann der Baumhandel im Umherziehen, der Hausierhandel mit Obstbäumen (Sehr richtig! im Zentrum). Das ist ein Grundübel für einen guten Anfang im Obstbau. Da kommen Enttäuschungen, schwere Schäden, die das anfängliche Interesse für den Obstbau in das Gegenteil verkehren. Dadurch wird unendlich viel Schaden angerichtet. Meistenteils handelt es sich ja um sogenannte Ramschware, Abraum aus den Baumschulen, überständige Ware, die nicht in die Hände unserer Obstzüchter gelangen sollte, wobei auch keine Gewähr in Bezug auf Sortenechtheit geboten wird.

Eine Statistik über unseren Obstbau möchte ich trotz der Abgabe, die ich auf dem letzten Landtage erhalten habe, wiederum verlangen. Württemberg hat schon viele Jahre eine solche Statistik über die Obsternte. Württemberg ist uns doch eigentlich im Obstbau nicht viel voraus oder uns gleichstehend. Warum haben wir das nicht? Wir sind nur auf einige wenige unsichere Angaben über den Wert unserer Obsternte angewiesen, und wenn wir klar über Ernte und Umfang unseres Obstbaues sehen würden, das müßte unsere Landwirte mächtig antreiben, sich mehr dem Obstbau zu widmen.

Einen anderen sehr wichtigen Punkt zu erwähnen, kann ich nicht verzichten, das ist die Herbeiführung einheitlicher Grundsätze im Obstbau unseres Landes, die erforderlich ist, wenn das Endziel ein gutes und ein erwünschtes sein soll. Wie ist es denn gegenwärtig damit beschaffen? Die Großh. Regierung läßt dem Obstbau jede mögliche Förderung durch alle ihre Verwaltungsorgane angedeihen. Das muß dankbar anerkannt werden. Auch die Kreise lassen es bei uns nicht an Unterstützungen fehlen. Das Institut der Kreisbaumwärter kostet sie schweres Geld. Unsere Obstbauvereine und viele von unseren Gemeinden sind mit Anregungen, mit Vorträgen usw. eifrig im Interesse des Obstbaues tätig. Aber wie steht es denn mit dem Zusammenwirken aller dieser Organe? Einige sind wohl alle in dem Bestreben, den Obstbau zu fördern. Aber in Bezug auf die Mittel, in Bezug auf den Weg, der eingeschlagen werden soll, gehen wir auseinander wie die Strahlen der Sonne. Schauen Sie doch einmal hinüber nach der Viehzucht, die so Vorbildliches geleistet hat, nach dem Genossenschaftswesen, wo die einheitliche Leitung alles befruchtet, auch neuerdings nach dem Vorgehen in Bezug auf die Förderung der Hühnerzucht! Ueberall Einheitsbestrebungen, die gute Früchte tragen! So sage ich müssen auch bei dem Obstbau alle Kräfte, alle Organe zusammengefaßt werden, damit wir einheitlich arbeiten, und, unsere Bestrebungen auf ein Ziel gerichtet, vorwärts kommen. Wir benötigen deshalb einer Stelle in unserem Ministerium, wo alle Fäden für den Obstbau bei uns in Baden zusammenlaufen, wo eine klare Ueberleitung über das ganze Arbeitsfeld des Landes vorhanden ist, wo die Förderungsarbeit sozusagen in einen Lauf gebrängt wird, der sich dann mächtig Bahn bricht. Bayern ist uns in dieser Beziehung mit der Anstellung eines Staatskonsulenten im Ministerium vorausgegangen. Ich glaube, Bayern hat keine schlechten Erfahrungen mit dieser Einrichtung gemacht, und auch andere Länder befinden sich auf diesem Wege, namentlich die Landwirtschaftskammern in Preußen und auch in Posen. Ich habe erst dieser Tage wiederum einen Beleg darüber gefunden, daß die Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien beschlossen hat, daß gemäß einem

Anträge des Vorstandes zur Bearbeitung der den provinziellen Obstbau betreffenden Angelegenheiten bei der Geschäftsstelle und zur Leitung der gesamten Maßnahmen ein oberer Beamter mit einem Anfangsgehalt von etwa 3000 Mk. und einem Höchstgehalt von etwa 4200 Mk. nebst dem üblichen Wohnungsgeldzuschuß befragen und daß der Herr Landwirtschaftsminister gebeten wird, zur Befoldung dieses Beamten eine laufende jährliche Beihilfe von 1500 Mk. und zu den Reisekosten eine solche von 2000 Mk. zu gewähren.

Der Herr Minister war so freundlich, dazu aufzufordern, daß man sich über die Transferierung des neuen Obstbaulehrers von Mosbach nach Heberlingen aussprechen möge. Ich begrüße diese Aufforderung, um auch meinerseits ein Wort dazu zu sagen. Ich bin der Meinung, man soll Mosbach den Obstbaulehrer nicht nehmen, und man soll Heberlingen einen neuen Obstbaulehrer geben. Neben dem Mittelland ist wohl kein Gebiet in unserer ganzen Heimat, wo der Obstbau so intensiv betrieben wird und so bodenkundlich zu Hause ist wie droben am See. Die klimatischen und die Bodenverhältnisse sind ausgezeichnet gute für den Kernobstbau. Was man aus jenem Obstbau am See droben machen könnte, beweist ein Blick über den See hinüber nach der Schweiz. Das kleine Land der Schweiz, das etwa mit sieben Kantonen für den Obstbau in Betracht kommt, hat uns nach Süddeutschland im Jahre 1906 998 000 Zentner Äpfel, 30 000 Zentner Birnen und Quitten und 30 000 Zentner Zwetschgen, gering angenommen im Werte von 6—8 Millionen, gesandt. Während 14 Tagen in der Herbstzeit 1906 hat die Schweiz jeden Tag etwa 240 Waggonladungen Mostobst auf den Stuttgarter Mostobstmarkt gesandt. Was tun andere Länder an den Gestaden des Sees, unsere Nachbarländer? Bayern hat dort in Schönau-Lindau eine Obst- und Weinbauerschule errichtet mit zwei Lehrern. Württemberg hat sehr viele Obstbautechniker, die in Reutlingen auf dem pomologischen Institut ausgebildet sind und für den Obstbau auch in der Bodenseegegend eine recht rege Wanderthätigkeit in Kursen und Vorträgen entfalten. Bei uns am See droben ist der Boden auch gelockert. Wir haben drei sehr rührige Obstbauvereine. Der Heberlinger Verein hat sich erfreulicherweise in den letzten Tagen auch dem Landesverband angeschlossen. Dort braucht der Sämann nur zu kommen, um seinen Samen zu streuen, das Land ist aufgefrucht. Die Großh. Regierung möge doch den Sämann schützen. Ich glaube, der Herr Minister hätte sehr gewichtige und durchschlagende Gründe, um vom Herrn Finanzminister zu verlangen, daß noch ein weiterer Obstbaulehrer für unser Land angestellt wird. Der Herr Minister hat gemeint, man könnte in Mosbach den Obstbaulehrer entbehren, weil die Kreise Mannheim und Heidelberg dazu übergegangen sind, einen Obstbautechniker anzustellen. Ich glaube, für diesen Herrn gibt es sehr reichliche Arbeit besonders an unserer Bergstraße. Diese ist sehr zurückgeblieben, besonders in Bezug auf die Organisation. Das haben wir in Mannheim schwer empfunden. Die Bergstraße ist ein Länderstrich, wo vermöge des vorzüglichen Klimas namentlich der Frühobstbau in Betracht kommt. Für das Bergsträßler Obst muß wieder ein besonderer Markt geschaffen werden; da hat ein Obstbaulehrer reichlich Arbeit. Aber auch speziell für die Umgebung von Heidelberg kann ein Obstbautechniker, der für die Kreise Mannheim und Heidelberg angestellt ist, seine Dienste sehr gut verwerten. In Mosbach gibt es doch noch ein Arbeitsfeld für einen Obstbaulehrer, und zwar ist das die Umgebung von Mosbach und auch der Bezirk Sinsheim. Dort ist sehr viel für unseren Kernobstbau zu holen. Die vor-

zügliche Kraft, die wir in Tauberbischofsheim an Herrn Obstbau- und Rebbauwart Schaubert haben, hat in der Tauber- und Maingegend vollauf zu tun. (Sehr richtig!) Ich glaube, wir würden uns nicht übernehmen sondern dem entsprechen, was der Herr Minister gesagt hat, daß wir noch mehr auf diesem Gebiet tun müssen, wenn wir noch einen vierten Obstbaulehrer anstellen. In unserem langgestreckten Lande ist das wirklich nicht zu viel.

Zum Schlusse meiner Ausführungen über den Obstbau möchte ich doch noch die neuesten statistischen Zahlen, anführen, die über die Obsteinfuhr vom statistischen Amt in Berlin erst dieser Tage über das Jahr 1907 veröffentlicht worden sind. Wir haben eingeführt für 19 951 000 M. Äpfel, für 6 402 000 M. Birnen und Quitten, für 1 902 000 M. Kirschen und Weichseln, für 277 000 M. Zwetschgen und für 4 040 000 M. Beerobst. Dieser Einfuhr steht eine Ausfuhr gegenüber mit 3 262 000 M., darunter für Kirschen und Weichseln 612 000 M., für Zwetschgen 371 000 M. Das ist eine Ausfuhr, die hauptsächlich nach England hinübergeht, woran auch die Böhler Gegend beteiligt ist. Solchen Zahlen gegenüber sage ich: Solange man sie noch in dem Umfange veröffentlichten kann, solange der Obstbedarf ein so großer ist und solange es auch in der Hand des Obstzüchters liegt, durch die Darbietung wirklich schönen und tadellosen Obstes den Verbrauch zu steigern, solange die Ärzte fortfahren, das Obst als eines der gesündesten Nahrungsmittel zu empfehlen, solange können wir des Guten für unseren Obstbau wirklich nicht zu viel tun.

Ich möchte nun mit einigen Worten noch auf einige Schmerzen meines Bezirks übergehen. Der Herr Minister hat gesagt, daß es noch einzelne Zweige der Landwirtschaft seien, die notleiden, die Gesamtlage derselben habe sich aber gebessert; besonders der Rebbau sei noch notleidend. Ich möchte darauf verweisen, daß in meinem Bezirk auch ein forstwirtschaftlicher Betrieb notleidend ist, das ist der Betrieb der Eichenschälrinde. Es sind da sehr traurige Verhältnisse zu Tage getreten, und der Minderwert der Eichenschälrinde gegen früher ist ein ganz bedeutender, sodaß dieser Zweig der Forstwirtschaft sich absolut nicht mehr rentieren will. In neuester Zeit hat man zum Mittel der Selbsthilfe gegriffen und ist dazu übergegangen, Verkaufsvereinigungen zu gründen. Ich möchte nun hoffen und wünschen, daß durch diese Verkaufsvereinigungen ein besserer Absatz erzielt wird. Ich möchte aber doch auch darauf hinweisen, wie ungeheuer schwierig für das hintere Renchtal namentlich ohne Bahn — die zwar versprochen ist, aber recht lange auf sich warten läßt — dieser Absatz ist. Und der Uebergang zu einer anderen Kultur ist bei den gegebenen Verhältnissen doch sehr schwer. Es bleibt nichts übrig, als wiederum an Waldbestand zu denken. Aber ein solcher Uebergang ist recht kostspielig; den können die Leute aus eigener Kraft nicht bewerkstelligen. Ich möchte darum bitten, daß die Großh. Regierung jener Verkaufsvereinigung jede mögliche Förderung angebeden lassen möge.

Ferner möchte ich noch ein Wort sagen inbezug auf die Flurschadensregulierung. Es hat mich das alles befriedigt, was der Herr Minister ausgeführt hat, auch, daß er darauf hingewiesen hat, daß in den Vorabschätzungskommissionen ja ein Mittel gefunden werden kann, bei verspätetem Einschätzen der Hauptabschätzungskommission den Schaden festzustellen. Ich möchte aber bemerken, daß es doch auch notwendig ist, in diesem Falle die Ergebnisse der Vorabschätzung auch zur Grundlage der endgültigen Entschädigung zu machen. Darüber wird viel geklagt, daß später diese festgestellten Forderungen herabgemindert werden. Auch noch auf einen anderen Punkt möchte ich hinweisen: Bielsch kommt es auch vor,

daß aus Unkenntnis zu niedrige Forderungen gestellt werden. Ich meine, eine solche Unkenntnis sollte hier nicht zum Schaden des Betroffenen führen. Die Militärverwaltung hätte allen Anlaß, diesen Leuten gegenüber anderen Forderungen, die man mit der Forderung dieser Beteiligten vergleichen kann, aus freien Stücken diejenige Entschädigung zu gewähren, die am Plage ist. Auch in meinem Bezirk ist darüber geklagt worden.

Ich hätte nun noch sehr viel zu sagen in bezug auf weitere Mittel, die Abfahrsfähigkeit des Obstes zu steigern, in bezug auf die Herabsetzung der Obsttarife, in bezug auf die Schaffung von Spezialtarifen für unser Frühobst nach norddeutschen Konsumplätzen, in bezug auf die Verbreitung der Transportmittel der Neuzeit, aber ich will mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit darauf verzichten. (Lebhafter Beifall im Zentrum).

Abg. Duenzer (natl.): Ich werde mich darauf beschränken, eine sehr kurze Anregung zu geben zur Einführung einer Einrichtung, die in den Vereinigten Staaten von Nordamerika schon lange und zum Segen des Volkes und des Landes besteht, die neuerdings auch in Ungarn eingeführt wurde, und von der ich annehme, daß sie auch bei uns zur wirtschaftlichen und moralischen Hebung des Volkes sehr wesentlich beitragen würde, es ist das ein sogenannter Vogel- und Baumtag. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist für alle Schulen des Landes ein bestimmter Tag festgelegt, an dem von dem betreffenden Lehrer in möglichst einfacher, faßlicher und anschaulicher Weise ausschließlich die Vogelwelt dem Verstande und Gemüte der Kinder nahe gebracht wird, indem er ihnen von der Lebensweise der Vögel erzählt, und indem er ihnen die hohe Bedeutung und den großen Nutzen derselben auch für die Menschenwelt darlegt. In der völlig gleichen Weise wird ein anderer Tag der Baumwelt gewidmet, es wird aber an diesem Tage nicht bloß die hohe Schönheit und der Wert der Bäume von dem Lehrer geschildert, sondern es wird immer ein Hauptgewicht darauf gelegt, daß an diesem Tage jedes Kind selbst an einer öden Stelle wenigstens ein Bäumchen pflanzt. Das ist kein Bäumchen, das wächst mit ihm heran, das wird von ihm gepflegt und gegen Gefahren geschützt, das ist gleichsam ein Teil von ihm selbst, und das bleibt mit seinem Leben verwachsen.

Sollte eine solche Einrichtung nicht von hohem Werte sein auch für unser Land und Volk? Unsere Jugend muß so vieles lernen, aber was weiß sie von der Vogelwelt? Und wie sinnlos zerstört sie infolge dieser Unwissenheit die Vogelnester und wie herzlos raubt sie die Eier und selbst die jungen Tierchen, und denkt nicht daran, weiß nichts davon, daß ein einziges Meisenpärchen an einem einzigen Tage ungefähr 2000 Kerbtiere vertilgt. Es ist ein wahrer Jammer! Unsere Gärten, unsere Wälder, unsere Fluren werden immer stiller und öder, die Insekten greifen verheerend immer weiter um sich, der Mensch steht machtlos einer Plage gegenüber, die nicht vorhanden wäre, wenn die Vögel zahlreicher bei uns vertreten wären.

Es kann nicht oft und nicht laut genug immer wieder darauf hingewiesen werden, und ich meine, jeder wohlbedenkende Mensch muß zu der Erkenntnis gebracht werden: So kann und darf es bei uns nicht weiter gehen. Die Italiener fangen mit Hilfe von Netzen und geblendeten Sängern jährlich mindestens 200 Millionen ebenso nützlicher wie herzerquickender Sänger. Nicht nur die unteren Klassen der Bevölkerung tun das, sondern das machen auch wohlhabende Leute, sie tun es teils zum Zeitvertreib, teils zum Erwerb, sie tun es, obgleich das Oberhaupt ihrer Kirche, der Papst, allen denen seinen Segen spendet hat, welche die Tiere gegen Grausamkeit schützen.

In Dalmatien, in Spanien, in Marokko, in Ägypten, überall tritt dieselbe traurige Erscheinung zu Tage. Ich will nicht die erschreckende Zahl von Vögeln anführen, die nach zuverlässigen Angaben alljährlich in Frankreich und Italien als Leckerbissen verzehrt werden. Die größten Wohlthäter und Freunde unserer Landwirte und Gärtner sind längst zu einem wichtigen Handelsartikel geworden, und wenn nun bei dieser Lage der Dinge, gegen die unsere Tierschutzvereine seit Jahren vergeblich anzukämpfen sich bemühen, auch noch bei uns selbst aufs schwerste gesündigt wird — zum Beispiel hat in der Zeitschrift der „Vogelmarkt“ ein badischer Händler vor einiger Zeit die wöchentliche Lieferung von 200 Gelfmeisen ausgeschrieben —, wenn sogar unsere eigenen Damen, glücklicherweise nicht alle, in dem Schmuck ihrer Hüte offenbar den Kopfpuz von Indianerhäuptlingen sich zum Vorbilde genommen haben (Heiterkeit), was soll da noch werden? Wenn unsere eigene heutige Land- und Forstwirtschaft gerade die Vögel, die uns besonders wert sind, schädigt dadurch, daß sie ihnen die Nist- und Wohnplätze raubt, und sie zur Auswanderung zwingt, was hilft es da viel, wenn wir Nist- und Futterkästchen aufstellen? Es ist ja ein hocherfreuliches Zeichen, daß milde Menschen im Winter den armen Vögeln Brotkrumen, Speck und Samen streuen, aber was hilft das gegenüber der riesigen Verheerung, die gegen die Vogelwelt erfolgt? Selbst die so oft vorgeschlagene Rakensteuer, wenn sie auch durchführbar wäre, könnte nicht viel helfen, und nicht viel helfen können auch die Prämien auf den Abschub von Raubzeug. Nein, wir müssen den neuen Wege betreten, wir müssen daran denken, auf den Schutz der Vögel hinzuwirken schon in der Schule, wir müssen hier das empfängliche, warme Kindergemüt noch mehr erwärmen für unsere Sache, und darum sollte ein Schultag im Jahre ausschließlich der Vogelwelt gewidmet sein. Ich gestehe Ihnen ganz offen, ich denke dabei nicht an die Kinder allein. Die Kinder sind nicht bloß Schüler, sondern sie sind auch unsere Lehrer, und sie sind oft unsere besten Lehrer. Die Kinder erzählen dem Vater, sie erzählen der Mutter und den Geschwistern, was sie von den Vögeln gehört haben, und diese schreiben sich es manchmal hinter die Ohren. Sie vernehmen manchmal zu ihrer eigenen Beschämung etwas aus dem Kindermunde, was sie sich selbst längst hätten sagen müssen, sie werden so zur Erkenntnis ihrer Pflichten gegen die Tierwelt gebracht, sie kommen zur Einsicht, daß Grausamkeiten und Mißhandlungen von Tieren nur bei einer unwissenden und rohen Bevölkerung möglich sind. Und überdies ein kindliches Gemüt, das früher mit Abscheu gegen alle Mißhandlung von Tieren erfüllt worden ist, ein solches Kind wird später keinen Menschen mißhandeln! Darum lassen Sie sich erwärmer für die Einrichtung eines Tages, der ausschließlich der Vogelwelt gewidmet ist.

Und ganz ähnlich verhält es sich mit dem Baumtag. Es könnten ja an diesem Tag hier und da statt der Bäume auch niedere Sträucher und Büsche gepflanzt werden, weil gerade diese für viele nützliche Vögel besonders beliebte Brutstätten abgeben. Wie mancher öde Platz im Dorfe würde ein ganz anderes Aussehen gewinnen, wenn er mit Bäumen bepflanzt würde! Und in unseren Städten, wie viele Kinder gibt es da, nicht bloß kleine, sondern große und sehr große Kinder, die nicht einmal eine Eiche von einer Buche unterscheiden können. Wenn man sagt, in den größeren Städten ist die Möglichkeit für die Anpflanzung von Bäumchen für die Kinder nicht gegeben, nun wohl, so führe man sie in den Wald hinaus! Wie gerne folgen sie diesem Rufe! Ich gestehe Ihnen, ich halte es für unsere Volksschüler für viel richtiger, daß sie unsere Vögel kennen und lieben lernen, daß ihnen das Herz ausgeht für die Schönheit und den großen

Nutzen
anlegen
sie z.
torrent
recht f
Beweg
schübe
zu jam
wei d
bestim
wenn d
man d
zu lege
Und
möge
gemach
damit
für di
Ich bi
prakti
müßte.
Schulb
Vogel
vertiefe

Nutzen unseres deutschen Waldes, daß sie selbst Hand anlegen an das Pflanzen und Pflegen der Bäume, als daß sie z. B. eingeführt werden in die Geheimnisse der Kontorrechnung und anderer Dinge, die ihnen teilweise recht ferne liegen. Es können den Lehrern Führer und Begleiter gegeben werden. Ich glaube, daß unsere Tier- und Jagdvereine sehr gerne bereit wären, das beste Material zu sammeln und es zur Verfügung zu stellen. Wenn zwei Tage im Jahre für solche Zwecke in unseren Schulen bestimmt würden, das wären keine verlorenen Tage. Und wenn man sagt, es ist das vielleicht doch zu viel, so mache man den Anfang damit, die beiden Dinge auf einen Tag zu legen. Das wäre das Frühlingsfest der Schule!

Und so bitte ich den Herrn Minister des Innern, er möge diese im Interesse der Land- und Forstwirtschaft gemachte Anregung dem Großh. Oberschulrat übermitteln, damit dieser den Schulen des Landes einen solchen Tag für die genannten Zwecke empfehlend bezeichnen möge. Ich bin fest überzeugt, daß, wenn diese meine Anregung praktisch durchgeführt würde, sie äußerst wohltätig wirken müßte. Sie würde fördernd einwirken auf den einseitigen Schulbetrieb selbst, und viel mehr als das, die Liebe zu Vogel, Baum und Strauch würde sich verbreiten und vertiefen in unserem Volke, und ich glaube, daß das für

alle eine Quelle von unschätzbarem Segen werden müßte (Allseitiger Beifall).

Hierauf wird abgebrochen.

Schluß der Sitzung 1 Uhr 5 Minuten.

* Karlsruhe, 7. März. 44. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 9. März 1908, nachmittags 4 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann.

Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1908 und 1909, Ausgabe Titel XVI, Einnahme Titel VII (Landwirtschaft) — Drucksache Nr. 12 c. — Berichterstatter: Abg. Schuler, und damit in Verbindung:

Beratung des Berichts der Petitionskommission über die Anträge der Abgg. Neuwirth und Gen.

a. Die Beschleunigung der Feststellung der Vergütung für die durch Truppenübungen entstandenen Flurschäden betr. (Drucksache Nr. 35),

b. die Aenderung des Servistarifs, Beilage 1 zum Reichsgesetz vom 6. Juli 1904, durch Erhöhung der Quartiervergütung für Dienstpferde (Drucksache Nr. 36) — Drucksache Nr. 35 (36) a —, Berichterstatter: Abg. Neuwirth (Fortsetzung).

